

## **EINLADUNG**

## VIRTUELLE GENERALVERSAMMLUNG

Aufgrund der Corona-Pandemie musste der Vorstand die für den 2. und 3. Mai 2020 geplante Jahres- und Generalversammlung von Amnesty Schweiz absagen.

Es ist für das Vereinsleben dennoch wichtig, unsere Mitglieder zusammenzubringen. Deshalb lädt der Vorstand alle Mitglieder herzlich zu einer verkürzten, virtuellen Generalversammlung ein. Sie findet am 30. Juni von 18.00 bis etwa 20.30 Uhr statt. Der Fokus wird auf dem statutarischen Teil liegen.

Wir freuen uns darauf, diese Erfahrung mit Ihnen zu teilen, und hoffen, dass sich viele anmelden und beteiligen werden!

Die Anmeldung ist bis am 16. Juni 2020 möglich. Alle Angemeldeten erhalten schriftliche Informationen dazu, wie sie an dieser virtuellen GV teilnehmen können. Am 23. Juni bieten wir eine Einführung in die digitale Plattform an, welche wir für die GV verwenden werden.

Anmeldung: www.amnesty.ch/gv







Unterstützen Sie **Amnesty International** mit einer regelmässigen Spende.

WWW.AMNESTY.CH

### AKTUELL

- Good News
- Aktuell im Bild
- 7 **Nachrichten**
- **Brennpunkt**

Zwei Rädchen der Höllenmaschinerie

#### DOSSIER

#### Corona und Menschenrechte



- Herausforderung für die Menschenrechte
- 12 Jetzt die richtigen Fragen stellen Die Menschenrechte müssen im Zentrum stehen.
- «Der Staat hat Verantwortung» Die Rechtsprofessorin Evelyne Schmid über den Schutz der Grundrechte.
- 16 Angst und Ausgrenzung

Südafrika: Das Virus verstärkt die Ungleichheiten.

- **Luxusgut Gesundheit** 18 USA: Die Krise stürzt viele Menschen in die Armut.
- Das Virus und die Menschenrechte Beispiele von Rechten, die jetzt missachtet werden.
- Keine Arbeit, grosser Hunger Indien: Der Lockdown trifft die Ärmsten.

#### \_\_\_\_ T H E M A

- 22 Sudan Das Bild einer Anführerin
- 25 **Amnesty Schweiz** «Eine enorme Chance»



Manon Schick und Alexandra Karle im

- 28 Schwieriger als die Flucht ist die Rückkehr
- 30 LGBTI\* «Das Problem sind die traditionellen Rollenbilder»

#### \_\_\_ K U L T U R

- 32 Buch Das Leben gewinnt
- 33 Buch **Schonungslos**
- 34 Kino Film ab - hoffentlich

#### CARTE BLANCHE

35 Pedro Lenz Der einstige Lockdown

#### IN ACTION

- 37 Das können Sie tun Aktiv trotz Corona-Krise
- 38 Saudi-Arabien Repressiver denn je
- **Asyl und Migration** 39 Petition: Jetzt Flüchtlinge evakuieren

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 102, Juni 2020. Redaktion: Carole Scheidegger (cas, verantw.), Manuela Reimann Graf (mre). MitarbeiterInnen dieser Nummer: Ulla Bein, Nadia Boehlen, Vanessa Dougnac, Hannah El-Hitami, Ralf Kaminski, Cristina Karrer, Pedro Lenz, Emilie Mathys, Kessava Packiry, Klaus Petrus, Maik Söhler, Patrick Walder. Korrektorat: Doris Yannick Héritier, Bern. Gestaltung: www.muellerluetolf.ch. Druck: Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY» erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnestv-schweiz gelesen werden. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 19. Juni 2020. Distribution: «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. Spendenkonto: Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). Redaktionsadresse: Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. Auflage: 80 000 (dt.).









www.amnesty.ch f facebook.com/amnesty.schweiz www.amnesty.schweiz www.amnesty.schweiz www.amnesty.schweiz



Social Distancing. Lockdown. #StayAtHome. R-Wert. Seit ich Sie das letzte Mal an dieser Stelle begrüsst habe, sind neue Wörter in unserem Alltag aufgetaucht. Mit den Wörtern kam eine neue Realität. Wochenlang geschlossene Schulen und

Geschäfte, Kurzarbeit und Entlassungen, zwei Meter Abstand, Hände desinfizieren im Supermarkt – hätten Sie vor sechs Monaten erwartet, dass unser Leben plötzlich so aussieht? Ich nicht. Ein kleines Virus hat die Welt auf den Kopf gestellt.

Auch aus menschenrechtlicher Sicht ist die Corona-Pandemie eine grosse Herausforderung, wie wir in diesem Magazin aufzeigen. Wann unsere Grundrechte eingeschränkt werden dürfen, erklärt Rechtsprofessorin Evelyne Schmid im Interview. Dass die Krise jene besonders hart trifft, die schon zuvor marginalisiert waren, zeigen die Reportagen aus Indien, Südafrika und den USA. Warum wir jetzt die Weichen für die Zukunft richtig stellen müssen und was wir dafür aus früheren Krisen lernen können, erläutert Amnesty-Kollege Patrick Walder. Ans Herz legen möchte ich Ihnen darüber hinaus die «Carte blanche» von Schriftsteller Pedro Lenz über einen «einstigen Lockdown».

Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit und ein Netz von Menschen, das Sie durch diese Zeiten trägt. Auf Abstand – aber trotzdem zusammen!

Carole Scheidegger, verantwortliche Redaktorin

Beschneidung von Mädchen unter Strafe gestellt SUDAN – Laut Unicef sind im Sudan 87 Prozent der 15- bis 49-jährigen Mädchen und Frauen beschnitten. Jetzt hat die sudanesische Übergangsregierung entschieden, die Beschneidung unter Strafe zu stellen. Wer ein Mädchen verstümmelt, muss drei Jahre ins Gefängnis.



**Diese Hebammen in Ausbildung** engagieren sich für ein Ende der Beschneidung von Frauen in Sudan.

## Abschaffung der Todesstrafe

TSCHAD – Die tschadische Nationalversammlung stimmte am 28. April einstimmig für die Abschaffung der Todesstrafe für Terrorakte. Das Land hatte 2015 die Todesstrafe im Kampf gegen die Terrorgruppe Boko Haram wieder eingeführt. Die aktuelle Änderung zielt darauf ab, «unsere Gesetze in Einklang mit allen Ländern der G5-Sahelgruppe zu bringen», sagte der Justizminister Djimet Arabi gegenüber den Medien. Er glaube nicht, dass die Todesstrafe eine abschreckende Wirkung habe.

### Hajer Mansoor Hassan frei

BAHREIN – Am 5. März 2020 wurde Hajer Mansoor Hassan nach Verbüssen einer dreijährigen Haftstrafe aus dem Frauengefängnis entlassen. Hajer Mansoor Hassan ist die Schwiegermutter von Sayed Ahmed Alwadaei, einem der Leiter der Organisation Bahrain Institute for Rights and Democracy, der in Grossbritannien lebt. Seine Familie in Bahrein wird von den Behörden seit Jahren verfolgt. Am 30. Oktober 2017 waren Hajer, ihr Sohn Sayed Nizar und ihr Neffe Mahmood Marzooq Mansoor schuldig gesprochen worden: Sie sollen Ende Januar 2017 in einer



Sippenhaft: Hajer Mansoor Hassan sass wegen ihres Schwiegersohns im Gefängnis.

Gegend südwestlich der Hauptstadt Manama «Bombenattrappen deponiert» haben. Das Verfahren entsprach nicht den Standards für faire Gerichtsverfahren, und die Angeklagten sagen, dass sie gefoltert worden seien, um ein «Geständnis» zu erzwingen. Hajer Mansoor Hassans Neffe Mahmood Marzooq Mansoor wurde am 11. März freigelassen, ihr Sohn befindet sich weiterhin in Haft.

#### Nun sind es 22

USA - Als 22, US-Bundesstaat hat Colorado Ende März die Todesstrafe offiziell abgeschafft. Bestehende Todesurteile wurden von Gouverneur Jared Polis in lebenslange Gefängnisstrafen umgewandelt. Das Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe hatte das Parlament des Bundesstaates bereits im Februar beschlossen – gegen den Willen der Republikaner. Gouverneur Jared Polis sagte bei der Unterzeichnung des Gesetzes, es habe nie «gerechte» Todesurteile gegeben und es könne sie auch nicht geben.

#### Wang Quanzhang freigelassen

CHINA – Nach viereinhalb Jahren im Gefängnis konnte Wang Quanzhang endlich zu seiner Familie zurückkehren. Der Menschenrechtsanwalt wurde 2015 im Rahmen einer grossen Repressionswelle gegen mehr als 250 MenschenrechtsverteidigerInnen, Anwältinnen und Aktivisten verhaftet. Wang Quanzhang war fast drei Jahre lang ohne Kontakt zur Aussenwelt inhaftiert und hatte keinen



Rechtsbeistand; erst 2018 erfuhr seine Familie, dass er noch lebte und wo er sich befand. 2019 wurde er in einem unfairen Gerichtsverfahren zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt.

**Der Menschenrechtsanwalt** mit Frau und Kind

### Abschaffung der Todesstrafe für Minderjährige

SAUDI-ARABIEN – Ende April kündigte das Land an, dass es die Todesstrafe gegen Menschen, die zum Tatzeitpunkt unter 18 Jahre alt waren, abschaffen wolle. Der königliche Erlass

schliesst jedoch Straftaten nach dem Antiterrorgesetz aus. In der Vorwoche hatten die saudischen Behörden bereits Peitschenoder Schlagstock-Prügelstrafen abgeschafft und sie durch Geldstrafen oder gemeinnützige Arbeit ersetzt.

### IN KÜRZE

MGER – Der Journalist Mamane Kaka Touda ist nach drei Wochen Haft freigelassen worden. Er hatte in sozialen Medien gepostet, dass es in der Notfallstation eines Krankenhauses in Niamey einen Covid-19-Verdachtsfall gebe. Ihm wird vorgeworfen, Daten verbreitet zu haben, «die die öffentliche Ordnung stören».

SENEGAL – Der senegalesische Aktivist Guy Marius Sagna ist im März nach drei Monaten Haft gegen Kaution freigelassen worden. Grund seiner Inhaftierung waren «Rebellion» sowie ein Aufruf zu einer nicht genehmigten Versammlung.

RUSSLAND – Die Künstlerin und LGBTI\*-Aktivistin Yulia Tsvetkova ist im März aus dem Hausarrest entlassen worden. Wegen ihrer Zeichnungen des weiblichen Körpers warfen ihr die Behörden vor, pornografisches Material hergestellt und verbreitet zu haben. Das Strafverfahren gegen sie läuft jedoch weiter, auch unterliegt sie Reisebeschränkungen.

ÄQUATORIALGUINEA – Am 14. Februar wurde der Menschenrechtsverteidiger Joaquín Elo Ayeto aus dem Gefängnis in Malabo entlassen – ein Jahr nach seiner willkürlichen Inhaftierung. Ihm wurde vorgeworfen, Mitwisser eines geplanten Mordanschlags auf den Präsidenten zu sein. Joaquín Elo Ayeto wurde zwar angeklagt und vor Gericht gestellt, doch es kam nie zu einer Urteilsverkündung.

#### IN EIGENER SACHE

#### «IN ACTION»: Jetzt im AMNESTY-Magazin

Neu finden Sie unsere aktuellen Aktionen direkt hier im Magazin. Bis anhin informierten wir Sie mit einer Beilage über unsere Kampagnen und Aktivitäten und darüber, wie auch Sie sich engagieren können. Nun haben wir beschlossen, diese Informationen ins Heft zu integrieren und ihnen so mehr Gewicht zu verleihen. Ab S. 37 lesen Sie, was Sie aktuell für die Menschenrechte tun können.

Haben Sie eine Rückmeldung zu dieser Änderung oder ganz allgemein zum Magazin? Wir freuen uns auf Ihre Nachricht an redaktion@amnesty.ch oder an Redaktion «Amnesty», Amnesty International, Schweizer Sektion, Postfach, 3001 Bern.



Dis Corea from without can Chappener for dis Memchan beautiful Machina der laussithen Michaelmen, can Beigning with the Machina der laussithen Michaelmen, can beigning der laussithen der laussithen Michaelmen auf der laussithen der laussithen der laussithen der laussithen laussithen der laussithen der laussithen der laussithen das Nother er laussithen der Practice ergesteller wir der Michaelmen der laussithen ergesteller das Nother er laussithen der laussithen ergesteller des Nothers der laussithen der der general erstelle Claus konne die das Laussithen der laussithen der der general bestiebt das Nothers des der Gesteller der laussithen Jahr der der der der der der der der der aus zu derückstellen.

In it faith to protect autors.

Solidated graphs. Radio Set of varieties for the market graphs. Radio Set of varieties for the set of the solidate set of the solidate

MITY 141 200

2006



MYANMAR – Kay Khaing Tun blickt nach ihrem Prozess im November 2019 aus einem Fenster des Gefängnisses in Yangon. Die junge Frau gehört zur Peacock Generation Group, einer Truppe von KünstlerInnen, die eine traditionelle Form satirischer Poesie namens Thangyat vorträgt. Sechs Mitglieder wurden festgenommen und vor Gericht gestellt. Am 17. April 2020 wurden 25 000 Häftlinge freigelassen, als die Regierung von Aung San Suu Kyi am myanmarischen Neujahr ihren «Friedenswillen» ausdrücken wollte. Nicht so 200 politische Gefangene sowie die sechs Mitglieder der Peacock Generation. Sie bleiben in Haft.



**Nach Angriffen syrischer Truppen** gegen die letzten Rebellenhochburge fliehen Tausende Zivilpersonen aus Idlib nordwärts.

### Humanitäre Hilfe ermöglichen

SYRIEN – Am 10. Juli läuft eine Uno-Resolution aus, die bisher die Einführung von Hilfsgütern für die Bevölkerung von Idlib über die Grenzen im Nordwesten Syriens ermöglichte. Syrien und seine Verbündeten möchten die von Juli 2014 stammende, mehrfach verlängerte Resolution nicht erneuern. Hilfslieferungen sollen stattdessen über Damaskus laufen, was es der Uno und Partnerorganisationen erschweren würde, die dringend notwendige Hilfe zeitnah und nachhaltig zu verteilen. Durch die gezielten Angriffe der syrischen und russischen Truppen gegen medizinische Einrichtungen und Schulen in Idlib, West-Aleppo und im nordwestlichen Gouvernement Hama wurden bis zum Waffenstillstand am 5. März 2020 nahezu eine Million Zivilpersonen im Land vertrieben; sie leben seither unter katastrophalen Bedingungen und müssen dringend versorgt werden. Die Uno-Resolution muss daher unbedingt verlängert werden, wie Amnesty International fordert.

#### In der Krise ohne Obdach

ÄTHIOPIEN – Die Stadtverwaltung von Addis Abeba hat im April Dutzende Häuser abgerissen, in denen TagelöhnerInnen untergekommen waren, die im Zuge der Corona-Pandemie arbeitslos wurden. Mindestens 1000 Menschen wurden durch den Abriss nun auch obdachlos. Die Betroffenen sagten gegenüber Amnesty, dass sie die Häuser auf Land gebaut hätten, das sie 2007 gekauft hät-

ten. Die Behörden erkennen diesen Kauf jedoch nicht an und behaupten, die Familien seien «Besetzer». «Viele Familien mussten nach dem Abriss unter Palmen und Palmblättern in starkem Regen ausharren», sagte Deprose Muchena, Ostafrika-Spezialist bei Amnesty. «In Zeiten von Covid-19 ist es entscheidend, dass die Menschen ein Zuhause haben, um sich schützen zu können.»

#### **Beunruhigender Trend**

WESTAFRIKA – Benin hat seinen BürgerInnen und NGOs die Möglichkeit entzogen, den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen, um mögliche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Bereits am 28. April hat sich die Regierung der Elfenbeinküste vom Gerichtshof verabschiedet, nachdem dieser die Regierung angewiesen hatte, den Haftbefehl gegen den Präsidentschaftskandidaten Guillaume Soro auszusetzen und 19 seiner Verwandten,

die seit mehreren Monaten inhaftiert sind, freizulassen. Die beiden westafrikanischen Staaten folgen damit Tansania und Ruanda, die diesen Schritt bereits 2019 resp. 2016 vornahmen. Der Afrikanische Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker ist das supranationale Rechtsorgan für den Schutz der Bestimmungen der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker. Mit dem Rückzug von Benin wird das afrikanische Menschenrechtssystem weiter geschwächt.

#### Präsident droht mit Erschiessung

PHILIPPINEN – Präsident Rodrigo Duterte hat Anfang April in einer TV-Ansprache zur Corona-Pandemie mit Erschiessungen gedroht. «Wenn jemand Ärger macht und Leben in Gefahr sind, lauten meine Anweisungen an die Polizei und das Militär: Erschiesst sie!», sagte Duterte. Mitte März war auf der philippinischen Hauptinsel Luzon eine strenge Ausgangssperre verhängt worden. Dort leben mehr als die Hälfte der über 100 Millionen EinwohnerInnen des Landes. BewohnerInnen eines Slums hatten protestiert, weil sie wegen der Ausgangssperre über Wochen von Hilfsgütern abgeschnitten waren.



In Antipolo City auf den Philippinen wurden ganze Quartiere unter Quarantäne hermetisch abgeriegelt.



**Auch bei den Protesten vom September 2019** ging die Polizei Hongkongs mit äusserster Härte gegen die Demonstrierenden vor.

#### Mitglieder der Demokratiebewegung festgenommen

CHINA – 15 bekannte Demokratie-AktivistInnen wurden am 18. April 2020 in Hongkong festgenommen, darunter Politiker und ehemalige Abgeordnete. Unter ihnen sind der Gründer der Hongkonger Zeitung «Apple Daily», Jimmy Lai, sowie der prominente Anwalt Martin Lee. Ihnen wird vorgeworfen, bei den Demonstrationen im vergangenen Jahr in Hongkong illegale Versammlungen organisiert zu haben. Sie kamen auf Kaution frei, werden aber demnächst vor Gericht gestellt. Mitte Mai wurden bei den jüngsten Protesten gegen die Regierung erneut rund 230 Demonstranten festgenommen, die gemäss Polizei gegen Versammlungsbeschränkungen verstossen oder die öffentliche Ordnung behindert hätten.

#### Konservativer Rückschritt

UNGARN – Das ungarische Parlament hat am 5. Mai erklärt, dass das Land die Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen nicht ratifizieren werde – dies, obwohl seit Beginn der Ausgangsbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie mehr Vorfälle von häuslicher Gewalt gemeldet wurden. Ungarn hat zwar 2014 die sogenannte Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) unterzeichnet, sie wurde jedoch noch nicht Teil der nationalen Gesetzgebung. Trotz internationaler Proteste hat das ungarische Parlament am 19. Mai ausserdem die Möglichkeit der rechtlichen Anerkennung von trans Menschen und Intergeschlechtlichen abgeschafft. Statt des gelebten Geschlechts soll nur noch das «Geschlecht bei der Geburt» in Dokumenten und Ausweisen stehen. Dies verletzt die Rechte von trans und inter\* Menschen und missachtet internationale Menschenrechtsstandards.



Stille Zeuginnen: Aktion in Budapest gegen die Gewalt an Frauen.

#### JETZT ONLINE

- Videos zu «Coronavirus und Menschenrechte» In den letzten Wochen wurden von Amnesty einige Videos zu Corona und Menschenrechten produziert. Gesehen? Falls nicht: Besuchen Sie unseren Youtube-Kanal!
- Virtuell statt überhaupt nicht Aufgrund der Covid-Beschränkungen werden verschiedene Amnesty-Veranstaltungen virtuell durchgeführt, so die Jahresversammlung und das Youthmeeting. Sie finden alle Angaben und Anmeldemöglichkeiten unter amnesty.ch/veranstaltungen
- Amnesty Talks Sind Sie bei Spotify registriert? Dann hören Sie rein in die Postcasts von Amnesty International: Lauschen Sie den Gesprächen zu aktuellen Menschenrechtsthemen, so zu Überwachung mit Patrick Walder oder zur Flüchtlingskrise mit Alicia Giraudel.

Jetzt online unter: www.amnesty.ch/magazin-juni20

## ZWEI RÄDCHEN DER HÖLLENMASCHINERIE



**Im Militärgefängnis Saydnaya** nördlich von Damaskus – hier eine Satellitenaufnahme – kam es zu massiver Folter und exzessiver Gewalt.

ie Liste der Foltervorwürfe scheint nicht enden zu wollen, als der Oberstaatsanwalt die Anklageschrift verliest: Elektroschocks, sexualisierte Gewalt und immer wieder Schläge - mit Händen, Stöcken und Stromkabeln, deren ausgefranste Enden sich tief ins Fleisch gruben. 3000 Kilometer vom Tatort entfernt und acht Jahre nach den mutmasslichen Verbrechen stehen zwei ehemalige Mitarbeiter des syrischen Geheimdiensts in Koblenz vor Gericht. Die Angeklagten Anwar R. und Eyad A. sollen in den Jahren 2011 und 2012 mitverantwortlich gewesen sein für Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Es ist ein historischer Prozess, der Ende April begonnen hat und wohl mindestens ein Jahr dauern wird: Zum ersten Mal überhaupt beschäftigt sich ein Gericht mit der systematischen Folter in den Gefängnissen des syrischen Regimes. Anwar R. soll in der Abteilung 251 des Allgemeinen Geheimdiensts in Damaskus die Ermittlungsabteilung geleitet haben und für 4000 Fälle von Folter, 58 Tötungen und zwei Fälle von sexualisierter Gewalt verantwortlich sein. Eyad A. soll als Mitarbeiter einer Unterabteilung Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit geleistet haben.

Seit Anfang des Kriegs in Syrien berichten Menschenrechtsorganisationen immer wieder über unmenschliche Haftbedingungen und systematische Folter in den Gefängnissen des Landes. Zehntausende Menschen wurden willkürlich verhaftet oder sind verschwunden. Mehr als 14000 zu Tode gefolterte Häftlinge hat das Syrische Netzwerk für Menschenrechte (SNHR) gezählt. Ein Bericht von Amnesty International lieferte 2017 Hinweise auf Massenexekutionen im berüchtigten Militärgefängnis Saydnaya. Und nach wie vor sollen sich mehr als Hunderttausend Menschen in den oft unterirdisch angelegten Haftanstalten befinden.

Syrer und Syrerinnen im Exil kämpfen unterdessen um Gerechtigkeit für sich selbst oder ihre Angehörigen, für Tote, Überlebende oder noch immer Inhaftierte. In Deutschland, wo etwa 770 000 Geflüchtete aus Syrien leben, berufen sie sich

dabei auf das Weltrechtsprinzip. Demnach darf die deutsche Bundesanwaltschaft besonders schwere Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgen, auch wenn kein direkter Bezug zu Deutschland besteht. Das ermöglichte bereits im Sommer 2018 einen internationalen Haftbefehl gegen den ehemaligen Chef des syrischen Luftwaffengeheimdienstes, Jamil Hassan, und einige Monate später die Verhaftung von Anwar R. und Eyad A. Die beiden hatten als Flüchtlinge in Deutschland gelebt und sich durch Aussagen über ihre Vergangenheit bei Polizei und Asylbehörden verdächtig gemacht.

Zwar wird der Prozess in Koblenz die katastrophale Lage in Syrien erst einmal nicht verbessern, wo Präsident Assad nach wie vor an der Macht ist und jegliche Folter leugnet. Dennoch ist das Verfahren für viele SyrerInnen ein Grund zur Hoffnung. «Der Prozess ist nicht das Ziel, sondern nur ein Abschnitt», sagt der syrische Menschenrechtsanwalt Anwar Al-Bunni, der in Koblenz als Zeuge aussagen wird. Die Dokumentation und die Verfolgung der Verbrechen von zwei Rädchen im Foltersystem, wie es Anwar R. und Eyad A. waren, seien der Schlüssel, um die ganze Höllenmaschinerie aufzudecken. «Wir wollen alle Verbrecher vor Gericht bringen, bis hin zu Baschar al-Assad.»

Hannah El-Hitami

Hannah El-Hitami ist freischaffende Journalistin und verfolgt den Prozess vor Ort.

## TITAN



**Authorized Dealer Outlet** 

## पार्या राय्या एक्य विद्यापा पर्णा पर

यहाँ टाइम्स, राडो, काइसियो, साबाटा, टाइटब, इत्यादी विभिन्न ब्राण्डका घडीहरू सुपथ मूल्यमा पाईनुका साथै मर्मत गरीन्छ र आवश्यकता अनुसारको चश्माहरू पाईन्छ।

as Coronavirus bringt die Welt in den Ausnahmezustand. Menschen leiden, verlieren Angehörige, sind plötzlich ohne Arbeit. Wer zuvor schon geschwächt war, wird durch die Krise erst recht getroffen. Mancherorts wächst mit der Pandemiebekämpfung auch die Repression, so wie auf diesem Bild aus Nepal. Nun sind die Menschenrechte wichtiger denn je. Akte der Solidarität und Momente des Mitgefühls machen auch in diesen Zeiten Hoffnung.



## Jetzt die richtigen Fragen stellen

Die Corona-Pandemie stellt uns vor enorme Herausforderungen. Die jetzt getroffenen Entscheidungen werden die Welt auf lange Zeit prägen, das zeigen die Erfahrungen aus früheren Krisen. Die Menschenrechte müssen im Zentrum aller Massnahmen stehen.

Von Patrick Walder



Corona-Krise: Wohin führt sie uns?

Wir haben allen Grund, uns zu fürchten. Wir können zurzeit nicht abschätzen, wie lange diese Krise andauern und wohin sie uns noch führen wird. Es fehlt nicht an dramatischen Prognosen. Die Corona-Pandemie wird verglichen mit der Spanischen Grippe von 1919 und der Grossen Depression der 1930er-Jahre. Solche Szenarien wecken natürlich auch Befürchtungen, was die gesellschaftlichen und die politischen Folgen der Pandemie angeht. Denn das Virus betrifft uns zwar alle, aber eben nicht alle gleich.

Wir haben aber auch immer noch Grund zur Hoffnung. Denn wir können jetzt die richtigen Entscheidungen treffen. Die Chancen dafür stehen gar nicht so schlecht. Die erste Reaktion auf die Pandemie brachte auch eine Welle von Menschlichkeit und Solidarität hervor. Vernachlässigte Themen wie beispielsweise die Care-Arbeit standen plötzlich im Zentrum der Aufmerksamkeit. Und wir können aus den Erfahrungen von zwei Krisen lernen, bei denen die Menschenrechte über Bord geworfen wurden: die Anschläge vom September 2001 und die Finanzkrise von 2008.

#### Keine Sicherheit ohne Menschenrechte Die

Reaktion der Staaten auf die Anschläge von 9/11 war ein permanenter und globaler «Krieg gegen den Terror», der die Welt nicht sicherer gemacht hat, sondern zu noch mehr Krieg, Folter und Terror geführt hat. Global wachsende Budgets für Militär und Geheimdienste, schwindende Ressourcen für Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Gesundheit: Der enge Fokus auf die Bedrohung durch Terror verstellte auch den Blick für Gefahren, wie sie uns heute treffen.

Auch die Antwort der Staaten auf die Finanzkrise von 2008 belastet uns noch heute. Manche Staaten, die die Banken mit Milliarden vor der Pleite retten mussten, schlitterten in eine Schuldenkrise und bauten unter Druck soziale Leistungen wie Renten und Gesundheitsversorgung ab. Auf die Missachtung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte vieler Menschen folgte die Angst vor sozialem Abstieg in Europa – und damit verbunden eine Welle von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Populismus. Konkret fehlten nun in den von der Schuldenkrise besonders betroffenen Ländern wie Italien oder Spanien die Spitalbetten und die Ressourcen zur Bekämpfung der Corona-Krise. Ganz zu schweigen von den Ländern im globalen Süden.

**Ein Kompass durch die Krise** | Eine Reaktion auf die Corona-Krise, die die Menschenrechte missachtet, kön-

nen wir uns heute schlicht nicht leisten. Die Menschenrechte wurden nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs geboren und können auch in der aktuellen Krise als Kompass dienen. Sie liefern zwar keine Handlungsanleitung für die Gesundheitspolitik oder für die Wirtschaft. Aber sie bieten Regeln, Prinzipien und Orientierung, die auch in dieser Krise Leben retten können. Und sie helfen, die Benachteiligten und Diskriminierten nicht zurückzulassen.

Vergessen wir nicht, dass die Pandemie mit der Verletzung der Meinungsfreiheit ihren Ausgang genommen hat, als die ÄrztInnen in China, die als Erste über die Krankheit berichtet hatten, zensuriert und verfolgt wurden. Weitere Staaten reagierten mit Einschränkungen der Menschenrechte, etwa der Versammlungsfreiheit – in demokratischen Ländern häufig begleitet von der Versicherung, dass die Massnahmen nun nötig seien, aber «so bald wie möglich» aufgehoben würden.

Aber immer wieder wurde auch die Bedeutung der Menschenrechte deutlich. Zum Beispiel jene der Meinungsfreiheit, die auch das Recht auf Zugang zu Informationen einschliesst. Nach der problematischen Reaktion mit Zensur schwenkten die chinesischen Behörden um und teilten die verfügbaren Informationen über das neue Virus, damit die Forschenden in aller Welt mit der Entwicklung eines Impfstoffs beginnen konnten. Und zur Bewältigung der Bedrohung brauchen die Menschen nicht nur die Fakten der Wissenschaft, sondern auch glaubwürdige Informationen der Medien. Denn Fake-News führen hier direkt ins Verderben.

An vorderster Front bei der Pandemie-Bekämpfung standen PflegerInnen und ÄrztInnen, der ganze Bereich der Care-Arbeit vom Kinderhüten bis zur Altenpflege, die überwiegend von Frauen geleistet wird – und nur schlecht oder gar nicht bezahlt wird. Die Corona-Krise zeigt endlich breiten Kreisen die Bedeutung dieser Arbeit als systemrelevant auf, und Forderungen nach gerechtem Lohn und fairen Arbeitsbedingungen finden mehr Unterstützung.

Ein eindrückliches Zeichen der Solidarität in der Gesellschaft war die Bereitschaft der Menschen, auf ihre persönlichen Freiheiten zu verzichten und zu Hause zu bleiben, um die älteren und verletzlichen Personen zu schützen. Spontan entwickelten sich auch Hunderte von Initiativen der Nachbarschaftshilfe. Vieles erschien plötzlich möglich. Ein verlangsamtes Leben mit weniger Konsum, Verkehr und Betrieb. Ein Leben, in dem Gesundheit und Freundschaften mehr zählen.

Bald zeigte sich auch, dass liberale Demokratien wie die Schweiz oder Deutschland die Krise besser meistern als Länder, die von Populisten wie Trump, Bolsonaro oder Johnson regiert werden. Selbst Überwachungsmassnahmen wie etwa Die Menschenrechte bieten Regeln, Prinzipien und Orientierung, die auch in dieser Krise Leben retten können. Und sie helfen, die Benachteiligten und Diskriminierten nicht zurückzulassen.

die Schweizer App für das Contact-Tracing, versprechen Transparenz, Freiwilligkeit und Datenschutz. Ohne diese menschenrechtlichen Prinzipien wären solche Massnahmen weder vertrauenswürdig, noch würden sie von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Alternativen sind denkbar Gefordert waren und bleiben in dieser Krise vor allem die Staaten. Die Staaten, die noch vor Kurzem möglichst schlank sein sollten und die durch den globalen Steuerwettbewerb so geschwächt werden, dass sie ihre Aufgaben kaum mehr leisten können.

Reagiert haben die Staaten fast alle mit Grenzschliessungen. Die Globalisierung scheint aufgehoben. Das Flüchtlingsrecht ausgesetzt. Doch die Einsicht wird sich durchsetzen, dass das Virus nicht an Grenzen haltmacht und dass es internationale Zusammenarbeit braucht, wenn wir bei der Corona-Bekämpfung Erfolg haben wollen. Dass wir die ärmeren Länder und die Konfliktregionen unterstützen müssen, damit auch sie die Pandemie erfolgreich bekämpfen können. Denn ohne ihren Erfolg werden auch wir keinen haben, zumindest nicht, solange es keine Impfung gibt.

Wir sollten diese Krise nutzen, um die wichtigen Fragen zu stellen. Wenn wir die Wirtschaft auf einen Schlag anhalten und danach auch wieder starten können, warum soll es dann nicht möglich sein, Regeln für Konzerne einzuführen, damit diese die Menschenrechte respektieren? Warum nicht eine Wirtschaft entwickeln, die umweltverträglich ist und die Klimaziele umsetzt? Eine Gesellschaft gestalten, die keinen zurücklässt?

Wir haben weiterhin Grund, uns zu fürchten, aber wir haben auch Grund zur Hoffnung. Wenn jetzt Entscheidungen gefällt werden, müssen wir uns einmischen und auf Menschlichkeit und Solidarität setzen.

## "Der Staat hat Verantwortung"

Das Coronavirus hat die Schweiz in eine «ausserordentliche Lage» gebracht. Der Staat hat dadurch umfassendere Befugnisse. Aber er hat auch Verantwortung, zum Beispiel für den Schutz der Grundrechte. Evelyne Schmid, Rechtsprofessorin in Lausanne und Spezialistin für Menschenrechte, gibt Auskunft.

Interview: Emilie Mathys

- ► AMNESTY: Mitte März hat der Bundesrat die Schweiz in den Notstand versetzt. Wie weit können Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie gesetzlich gehen?
- **◆ Evelyne Schmid:** Der Begriff Notstand ist mehrdeutig, weil viele darunter verstehen, dass die Regierung machen könne, was sie wolle. Und er steht nicht in der Verfassung, anders als die «ausserordentliche Lage». Laut Epidemiegesetz kann der Bundesrat in einer «ausserordentlichen Lage» Entscheidungen treffen, die im Normalfall bei den Kantonen liegen. Ausserdem enthält die Verfassung einen Absatz zu «schweren Störungen der öffentlichen Ordnung». Aber auch wenn der Bundesrat erweiterte Befugnisse hat, so gilt doch der Rechtsstaat, und es gibt Grenzen: Die Verordnungen sind zeitlich auf maximal sechs Monate beschränkt, danach muss sich die Bundesversammlung dazu äussern können. Die erweiterten Befugnisse des Bundesrats gelten ausserdem nur dort, wo es darum geht, diese schwere Bedrohung zu bekämpfen. Der Bundesrat darf auf dieser Grundlage zum Beispiel keine Massnahmen treffen, die anderen Interessen gelten.
- ▶ Wie können die Menschenrechte in einem solchen Umfeld geschützt werden?



**Evelyne Schmid** ist Assoziierte Professorin für Völkerrecht an der Universität Lausanne.

▶ Die Verfassung, einschliesslich der Grundrechte, gilt weiterhin, auch wenn Grundrechte eingeschränkt werden können – das ist auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention vorgesehen. Der Staat hat also mehr Handlungsspielraum. Bei Pandemien erhält die Exekutive mehr Macht, damit rasch gegen die Gefahr vorgegangen werden kann. Aber nochmals: Die Staaten müssen sich auf diese Aufgabe beschränken. Wenn zum Beispiel beschlossen wird, während der Pandemie die Überwachung zu erhöhen, kann man nicht einfach gleich noch Daten «in Reserve» sammeln. Die Einschränkung unserer Grund- und Menschenrechte ist dann akzeptabel, wenn sie sich auf das primäre Ziel beschränkt: die Bekämpfung der Pandemie, und zwar mit verhältnismässigen und rechtlich vorgesehenen Mitteln.

Der Staat hat aber auch die Pflicht, aktiv zu werden: Er muss uns schützen und sicherstellen, dass die Menschenrechte umgesetzt werden. Zum Beispiel muss er uns soweit möglich vor Schäden der körperlichen und der psychischen Gesundheit bewahren, er muss das Personal in Spitälern oder Alters- und Pflegeheimen vor dem Virus schützen, er muss dafür sorgen, dass Patienten mit anderen Krankheiten ebenfalls die bestmögliche Behandlung bekommen, und er muss die Massnahmen gegen häusliche Gewalt verstärken.

- ▶ Aber wir hatten zu wenig Atemschutzmasken hat der Bund seine Pflichten verletzt?
- ◀ Jeder Mensch hat das Recht auf den für ihn bestmöglichen gesundheitlichen Zustand, was für den Fall von Epidemien ein adäquat vorbereitetes Gesundheitssystem voraussetzt. Die Kantone müssen dafür sorgen, dass genügend Material vorhanden ist. Die Schutz- und Verwirklichungspflichten gelten zum Beispiel auch für die Kontrolle von Baustellen, damit die Arbeiter den nötigen Schutz bekommen. Die Spitäler wurden in der Vergangenheit dazu gedrängt, ihre Kosten zu reduzieren, in der Folge waren sie schlechter vorbereitet. Es ist schwierig, die Behörden mitten in einer Pandemie zu kri-

tisieren, aber nach der Krise müssen die Präventionsmassnahmen evaluiert werden.

- ▶ Auch im Gefängnis sind die Menschenrechte bedroht. Genügend Abstand zu halten ist in überfüllten Haftanstalten wie in Champ-Dollon (Kanton Genf) schwierig...
- ◀ Auch in Gefängnissen muss der Staat für den Schutz der Insassen und des Personals sorgen, das Virus darf sich möglichst nicht verbreiten. Unter Umständen sind bedingte Freilassungen eine Möglichkeit, falls schon ein grosser Teil der Strafe verbüsst wurde und die Prognosen positiv sind. Die Haft kann auch vorübergehend unterbrochen werden. Gefangene sind im Durchschnitt bei schlechterer Gesundheit als die restliche Bevölkerung und also stärker vom Virus bedroht. Ausserdem stellt sich das Problem des Zugangs zu Informationen für die Gefangenen. Diese haben das Recht, über die Ausbreitung der Epidemie informiert zu werden.
- ▶ Die Überwachung, etwa von Mobiltelefonen oder durch Videokameras, hat zugenommen. Wie steht es um die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger?
- ∢ Die Eindämmung einer Pandemie ist ein legitimer Grund, unser Privatleben einzuschränken. Aber ein legitimer Grund genügt nicht. Auch hier braucht es zudem eine gesetzliche Grundlage, Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit. Die Überwachung darf nur zum Ziel haben, die Epidemie einzudämmen, und muss eng kontrolliert werden. Die Behörden dürfen das nicht einfach privaten Unternehmen überlassen,

## Die erweiterten Befugnisse des Bundesrates gelten nur dort, wo es darum geht, diese schwere Bedrohung zu bekämpfen.

ohne sicherzustellen und zu überwachen, was mit unseren Daten passiert. Die im Kanton Aargau Mitte Mai immer noch vorgesehene Nutzung von Videokameras von Privaten durch die Polizei oder die Installation von zusätzlichen Überwachungskameras ohne Bewilligung der kantonalen Datenschützerin ist meines Erachtens gegenwärtig unzulässig. Ob die neue Swiss-PT-App ein adäquates und sicheres Mittel zur Eindämmung des Coronavirus darstellt, wird sich erst noch zeigen müssen.

▶ Die Sans-Papiers sind besonders von der Krise betroffen. Ist es vorstellbar, diesen Menschen jetzt ein Aufenthaltsrecht zu geben?



«Jeder Mensch hat das Recht auf den für ihn bestmöglichen gesundheitlichen Zustand.» Warten vor dem Universitätsspital Genf.

∢In der Schweiz steht der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen allen offen. Aber in der Realität ist das nicht immer gegeben, zum Beispiel weil die Sans-Papiers Angst haben. Neben der finanziellen Lage ist die psychische Gesundheit, die ein Menschenrecht ist, derzeit oft in Gefahr. Die Krise belastet insbesondere jene, die wirtschaftlich schlecht daste-

hen. Ich denke da auch an die Familien von Sans-Papiers im Ausland, die häufig vom heimgeschickten Geld abhängig sind. Für den Zugang zur Gesundheitsversorgung wären Aufenthaltsgenehmigungen natürlich vorteilhaft, aber dieser Prozess wäre politisch sehr schwierig.

- ▶ Können wir im Menschenrechtsbereich mit Gesetzesänderungen rechnen, wenn die Krise vorbei ist?
- ◆ Es wird vor allem darum gehen, die positiven Menschenrechtsverpflichtungen besser zu berücksichtigen. Das Problem ist oft nicht das Gesetz, sondern die Umsetzung, wenn wir auf zukünftige Epidemien besser vorbereitet sein wollen. Zu erwarten ist eine Debatte darüber, wie wir Krisen bewältigen können, nicht nur gesundheitliche, sondern auch die des Klimas. Welche Rolle kommt zum Beispiel dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport zu? Welche Risikoszenarien werden durchgespielt? Sind es Kampfflugzeuge oder Masken, die wir brauchen?

AMNESTY Juni 2020



## **Angst und Ausgrenzung**

Zwei Meter Abstand: In Slums ist diese Vorgabe schwer einzuhalten. In Südafrika verstärkt die Corona-Pandemie die bestehenden Ungleichheiten dramatisch. Ein Augenschein vor Ort.

Von Cristina Karrer

Line einziger Wasserhahn und davor eine Reihe von Menschen. Frauen und Männer, alle in Pyjamas, die einen mit einem abgegriffenen Stück Seife in der Hand, andere mit einem Eimer. Der Boden ist matschig, es hat in der Nacht zuvor geregnet. Ein normaler Morgen in Diepsloot, einem Slum ausserhalb der südafrikanischen Metropole Johannesburg. Eine halbe Million Menschen lebt hier, einige in richtigen «Township-Häuschen», viele in Blechhütten. Jene in den Blechhütten teilen sich einen Wasserhahn und eine Toilette, die man sich lieber nicht von innen ansehen will. Das Menschenrecht auf Gesundheit wurde in einem Slum wie diesem noch nie respektiert.

Nun ist Covid-19 aufgetaucht. Ein schwer fassbares Gespenst in den Augen vieler Afrikaner und Afrikanerinnen, eines, das im Flugzeug von Europa hierher geflogen ist. Eines, das nur reiche Menschen attackiert. So die weit verbrei-

Cristina Karrer ist freie Afrikakorrespondentin für SRF.

tete Meinung in den südafrikanischen Slums, wo das schiere Überleben ohnehin sämtliche Kräfte absorbiert. Es gibt Kliniken in den Townships, HIV- und Aids-Teststellen, doch laut Lucky Masibuko, einem der bekanntesten HIV/Aids-Aktivisten Südafrikas, können es sich die meisten nicht leisten, eine Klinik zu besuchen. Die staatlichen Kliniken sind nicht gratis, und man wartet stundenlang und oft vergebens, egal wie gross die Schmerzen sind.

Wie sich Covid-19 auf die bereits maroden Gesundheitssysteme in Afrika auswirken kann, darf man sich gar nicht ausmalen. Einerseits prophezeit die WHO mindestens 80 000 Tote, im schlimmsten Fall 190 000, andererseits verkündet sie, dass Afrika durchaus eine Chance habe, das Schlimmste zu verhindern. Das Schlimmste ist noch nicht eingetroffen, zumindest nicht zum Zeitpunkt, als dieser Artikel verfasst wird. Die Spitäler sind noch nicht überlastet. In Südafrika käme es zu einer Katastrophe, wenn die knapp acht Millionen Menschen mit HIV/Aids und rund drei Millionen

In Diepsloot, einem Slum ausserhalb von Johannesburg, verteilen Polizisten und Freiwillige Seife und Info-Material. Die räumlichen Bedingungen können aber auch sie nicht ändern.

mit Tuberkulose ihre Medikamente nicht mehr erhalten würden, weil Covid-19 das ganze Gesundheitssystem überrollt.

Dabei ist Südafrika vergleichsweise gut aufgestellt. Im Nachbarland Simbabwe gibt es schlicht kein funktionierendes Gesundheitssystem, die Menschen hungern. Bereits jetzt ist der Zugang zu Medikamenten durch die Lockdowns, die die meisten afrikanischen Länder eingeführt haben, gefährdet. Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit und das Verbot zu arbeiten wirken sich für die arme Bevölkerung verheerend aus.

Aggression liegt in der Luft | «Wir werden an Hunger sterben, nicht an diesem Virus», seufzt Rosemary Sithole, eine Frau aus Simbabwe, die am Strassenrand in Diepsloot Tomaten, Zwiebeln und Kartoffeln verkauft. Sie fürchtet nicht nur Hunger, sie hat auch Angst vor erneuten fremdenfeindlichen Ausschreitungen. In den südafrikanischen Townships und Slums brach in Zeiten von erhöhtem Stress immer wieder Hass auf andere AfrikanerInnen aus, Läden wurden geplündert, Menschen von Mobs umgebracht.

Covid-19 legt wie überall auf der Welt auch in Südafrika das wahre Gesicht eines Landes frei: Es ist ein wirtschaftlich marodes, politisch korruptes Land mit den grössten sozialen Ungleichheiten der Welt. Trotz einer verhältnismässig demokratischen Regierung zeigt sich auch hier, dass im Zweifelsfall mit harter Hand durchgegriffen wird. Nicht bei den Reichen, die den Lockdown in ihren Villen und riesigen Gärten verbringen können, sondern bei der armen Bevölkerung, die sich in einer Blechhütte weder sozial distanzieren noch sich Nahrungsmittel online bestellen kann.

Die Armee wurde gleich zu Beginn des Lockdowns mobilisiert, und wie zu Zeiten der Apartheid rollten gepanzerte Fahrzeuge durch die Townships, mit grimmigen Soldaten, die Gesichter vermummt, die Finger am Abzug von Maschinengewehren. Sie sollten dafür sorgen, dass das Motto «Bleib zu Hause» befolgt wird. Egal, wie das Zuhause aussieht, ob es überhaupt ein Zuhause gibt. Aus dem ganzen Land wurde von Übergriffen durch die Armee berichtet. Soldaten und Polizisten prügelten ohne Grund drauflos, Aggression lag in der Luft. Nicht nur vonseiten des Staats, sondern zunehmend auch in der betroffenen Bevölkerung. Wer von der Hand in den Mund lebt, für den oder die zählt jeder Tag Arbeit. Je mehr der Magen knurrt, desto grösser die Frustration. In Südafrika sind Millionen Menschen seit Langem mit der Regierung unzufrieden, es ist schon vor der Ankunft des Virus zu gewalttätigen Ausbrüchen gekommen. Das kann mit den prophezeiten wirtschaftlichen Auswirkungen noch ganz andere Dimensionen anneh-

Die Corona-Krise legt auch offen, wie sehr es die Regierung in den letzten Jahren versäumt hat, eine Alternative für

all die Millionen von Menschen zu schaffen, die immer noch in die Metropolen strömen und dafür sorgen, dass die Slums wachsen. Nun zeigt sich in aller Dringlichkeit, wie verheerend ein Ausbruch von Covid-19 gerade dort sein könnte. Da diese Missstände nicht von heute auf morgen behoben werden können, greifen die Behörden einmal mehr brutal durch. In Kapstadt wurden rund 1500 obdachlose Menschen, die seit Jahren kein Dach über dem Kopf haben, kurzerhand zusammengesammelt und in ein schnell errichtetes Lager ausserhalb der Stadt transportiert. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen zeigte sich entsetzt über die hygienischen und sanitären Zustände dort und befürchtet, dass gerade solche Lager zu Verbreitungsherden werden.

Angst vor dem Test | Um Covid-19 in den Griff zu bekommen, macht Südafrika, was die WHO empfiehlt: testen, testen, testen. Damit wird eine weitere Büchse der Pandora geöffnet. «Testen war schon während des Höhepunkts von HIV/Aids mit Stigmatisierung und Ängsten verbunden», sagt Aktivist Lucky Masibuko, der seit 30 Jahren mit HIV lebt und von Anfang an öffentlich dazu gestanden ist. «Ich beobachte heute ähnliche Mechanismen. Wie damals geht es um Tod, um Angst, um Fake News und um Ausgrenzung, die in unserer Gesellschaft tief verankert ist.» In der Tat wollen viele Menschen in den Slums nicht getestet werden. Die einen haben Angst, dass sie durch einen Test erst recht angesteckt werden könnten, wie das ein Weisser in einem Video behauptet hat. Der Glaube, dass die Weissen den Schwarzen in irgendeiner Weise böse gesinnt sind und sie letztlich mit Viren aller Art ausrotten wollen, ist fester Bestandteil des kollektiven afrikanischen Unterbewusstseins. Viele befürchten ausserdem, dass sie nach einem positiven Testergebnis von der Gemeinschaft verstossen werden. Genau so, wie es seit vielen Jahre mit HIV-Positiven geschieht.

Diese Mischung aus Ausgrenzung, Angst, Korruption und grassierender Armut findet sich nicht nur in Südafrika, sondern auf dem ganzen Kontinent. Sie ist es, die Afrika auf die Probe stellen wird.

Die Armee wurde gleich zu Beginn des Lockdowns mobilisiert, und wie zu Zeiten der Apartheid rollten gepanzerte Fahrzeuge durch die Townships, mit grimmigen Soldaten, die Finger am Abzug von Maschinengewehren.



Mitglieder der Methodistenkirche verteilen Nahrungsmittel an Verarmte.

In den Vereinigten Staaten haben Millionen Menschen keine Krankenversicherung. Covid-19 ist für sie auch ein Schuldenrisiko.

Von Kessava Packiry, New York

## Luxusgut Gesundheit

Er sei gesund, sagt Carl Gibson. Dennoch sei er besorgt, denn er dürfe keinesfalls an Covid-19 erkranken. Oder überhaupt krank werden. Auch ein Unfall wäre für ihn eine Katastrophe. Carl Gibson hat keine Krankenversicherung. Wie 27 Millionen anderer US-BürgerInnen auch.

Unter den Industrienationen hat die führende Wirtschaftsmacht eines der schlechtesten Systeme der sozialen Sicherheit. Es gibt in den USA so gut wie keine bezahlten Krankentage, Arbeitslosengeld wird maximal sechs Monate lang ausbezahlt, Kurzarbeit ist praktisch inexistent. Der Zugang zu einer allgemeinen Krankenversicherung wird durch die Republikanische Partei und den Präsidenten weiterhin torpediert: So wurde die Busse, die man bezahlen muss, wenn man nicht versichert ist, auf einen Dollar herabgesetzt.

«In den Vereinigten Staaten ist die Gesundheitsversorgung kein Recht, sondern steht nur denjenigen zur Verfügung, die es sich leisten können», sagt Gibson, der an der Ostküste lebt. Der freiberuflich tätige Journalist hat zwar Arbeit, doch bringt diese ihn in die unangenehme Lage, in der Millionen US-AmerikanerInnen stecken: «Ich verdiene zu viel, um für Medicaid (das öffentliche Krankenversicherungsprogramm für Einkommensschwache, Anm. der Red.) infrage zu kommen, aber zu wenig, um mir eine private Versicherung leisten zu können.»

Eine solche Grundversicherung kostet häufig mehr als 500 Dollar im Monat – mit einem Selbstbehalt von 5000 US-Dollar. Das ist ein Betrag, den sich viele nicht leisten können. So muss Carl Gibson alles daran setzen, nicht krank zu werden. 2013 musste er nach einem Sturz mit dem Velo dennoch in die Notaufnahme: «Der Arzt legte meinen Arm in eine Schlinge und verschrieb Schmerzmittel. Das hat mich über 4000 Dollar gekostet.» Gibson ist immer noch dabei, diese Schulden abzubauen, die nun auf seiner Kreditwürdigkeit lasten. Mit einer

schlechten Kreditwürdigkeit ist es in den USA aber schwer, eine Wohnung, ein neues Auto oder einen Job zu finden.

Im Gegensatz zu Carl Gibson ist Suzanne aus Oakland an der San Francisco Bay versichert. Wie 60 Millionen andere SeniorInnen ist sie bei Medicare. Die einkommensabhängigen Prämien werden automatisch vom Sozialversicherungs-Scheck der Regierung abgezogen. «Der Hauptvorteil von Medicare besteht darin, dass wir ab 65 Jahren eine medizinische Grundversorgung erhalten», sagt Suzanne. Allerdings übernimmt Medicare nur 70 Prozent der Kosten und deckt nicht alle Eingriffe ab. «Daher habe ich eine Versicherung abgeschlossen, die die verbleibenden Kosten bezahlt», sagt Suzanne. Doch auch das hat seinen Preis. «Diese Prämien belaufen sich auf fast 1000 Dollar im Monat, zusätzlich zu den 355 Dollar für Medicare.»

In die grösste Lücke im US-Gesundheitssystem fallen EinwanderInnen und Sans-Papiers. Lawrence Gostin, Professor für Gesundheitsrecht an der Georgetown University in Washington D.C., erklärt: «Sie gehen kaum je zum Arzt und lassen sich auch nicht auf das Coronavirus testen, weil sie Angst haben.» Im Sommer 2019 führte Präsident Trump eine Regelung ein, auf deren Grundlage AusländerInnen abgewiesen werden können, wenn sie zu einer «Last für die Gesellschaft» werden könnten. Luz Gallegos von der Einwanderungshilfe-NGO Todec bestätigte gegenüber Medien, dass die Inanspruchnahme von subventionierten Pflegeleistungen, aber auch der Gesundheitszustand der Antragstellenden nun Kriterien für eine Ablehnung seien.

Die Trump-Regierung hatte zwar versichert, dass kein Covid-19-Patient im Stich gelassen würde. Doch Carl Gibson bezweifelt das. «Wird die Verwaltung ihr Wort brechen, wie sie es bei so vielen anderen Dingen tat? Ich hoffe, dass unsere Politiker nach dieser Krise das System reformieren und Pflege für alle zugänglich machen.»

Kessava Packiry ist freischaffender Journalist.

**Die Sicherheitskräfte wie diese indischen PolizistInnen** müssen die Lockdowns durchsetzen – dies geschieht nicht immer gewaltlos.

Die Corona-Krise hat zur Folge, dass Menschenrechte eingeschränkt und verletzt werden. Dabei stehen die Staaten gerade jetzt in der Pflicht, diese Rechte zu schützen.

Von Manuela Reimann Graf



## Das Virus und die Menschenrechte

Schutz von Gesundheit und Leben: Die Krankheit Covid-19 tötet Hunderttausende und beeinträchtigt die Gesundheit von Millionen. Die Gesundheitssysteme selbst reicher Länder, die durch rigorose Sparmassnahmen in den letzten Jahren abgebaut wurden, kamen teilweise ans Limit, was zu zusätzlichem, vermeidbarem Leiden führte.

In vielen Flüchtlingslagern werden Geflüchtete im Stich gelassen: Statt dass sie Hilfe erhalten hätten, wurden lebensnotwendige Lieferungen von Nahrungsmitteln blockiert, Menschen willkürlich eingesperrt und sogar zurückgeschickt. Auch in Europa wurde Covid-19 zu einer massiven Bedrohung für die Geflüchteten. Die Regierungen haben ihre moralische, rechtliche und politische Verantwortung für diese Menschen bisher nicht wahrgenommen.

Ebenfalls sehr gefährdet sind Inhaftierte, die in oft vollgestopften Gefängnissen höchstens unzureichenden Schutz vor einer Ansteckung erhalten. Zu den verletzlichen Personen gehören auch Arme und Obdachlose. Auch sie werden jedoch oft im Stich gelassen, wie unsere Reportagen aus Indien oder Südafrika zeigen.

Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit: Weltweit werden Arbeitnehmende aufgrund der Pandemie entlassen und geraten in Armut. In den USA verlieren dadurch Millionen ihren Versicherungsschutz, Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung sind erst recht vom staatlichen Gesundheitssystem ausgeschlossen. Auch in der Schweiz verlieren Tausende Sans-Papiers ihr Einkommen – sie können keine Sozialhilfe beantragen.

Recht auf freie Meinungsäusserung, Medienund Versammlungsfreiheit: In China wurde am Anfang der Corona-Krise jegliche Information über das Virus unterdrückt. Doch auch in vielen anderen Ländern werden die Meinungsäusserung und die Medienfreiheit eingeschränkt, weil man das Ausmass der Krise verbergen will. Gemäss Reporter ohne Grenzen haben 38 Staaten die Pressefreiheit infolge der Krise eingeschränkt.

Auch in der Schweiz ist die Meinungsäusserung tangiert: Versammlungsverbote beschränken die Möglichkeit, sich politisch zu äussern, und beschneiden das Demonstrationsrecht.

Recht auf Information: Die Regierungen müssen sicherstellen, dass die Bevölkerung über die Gesundheitsbedrohung und über Massnahmen zur Risikominderung informiert ist. Diese zentrale Voraussetzung des Rechts auf Gesundheit wird von gewissen Regierungen ignoriert. So haben die Behörden der indischen Region Jammu und Kaschmir den Zugang zum Internet weiter eingeschränkt.

Recht auf Privatsphäre: Die Nutzung von Smartphone-Daten, um die Bewegungen von Infizierten nachverfolgen zu können, wurde bereits in einigen Ländern eingeführt. Ohne ausreichenden Datenschutz werden damit die Privatsphäre und die Persönlichkeitsrechte verletzt. So versendeten die Behörden in Südkorea Textnachrichten mit detaillierten Informationen über infizierte Personen, die danach stigmatisiert wurden. Ausserdem können diese Technologien gegen kritische Stimmen oder die politische Opposition genutzt werden. Es wird zudem befürchtet, dass solche Überwachungsmassnahmen nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Schutz vor Diskriminierung: Es ist weltweit zu Diskriminierungen und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Chinesinnen und Chinesen gekommen; asiatisch aussehende Menschen wurden auch hierzulande als «Viren-Verbreiter» beschimpft und sogar angegriffen. In China wiederum wurden AfrikanerInnen diskriminiert, weil sie verdächtigt wurden, das Virus weiterzuverbreiten.

AMNESTY Juni 2020

## Keine Arbeit, grosser Hunger

In Indien verloren durch den Lockdown viele Tagelöhnerinnen und Hilfsarbeiter ihr Einkommen. Mitmenschen und Organisationen versuchen zu helfen. Derweil setzte die Polizei Gewalt gegen Leute ein, die sich trotz Ausgangssperre nach draussen wagten. Text und Bild: Vanessa Dougnac



ine unheimliche Stille lag über der Chandni Chowk, der 🗖 langen, beliebten Hauptstrasse in Alt-Delhi. Nach Einbruch der Dunkelheit waren Hunderte Männer aufgetaucht. Sie stellten sich in die auf dem Boden markierten Kreise - auch hier war Social Distancing angesagt. In zwei endlosen Reihen standen sie für eine Gratismahlzeit an. Keiner wollte seinen Teller mit Fladenbrot, Reis, Linsen und Gemüse verpassen. In der Hocke warteten sie regungslos. Auf ihrer einen Seite die Gurudwara Sis Gani Sahib, eine historische Kultstätte der Sikh, wo täglich Tausende Mahlzeiten verschenkt werden, auf der anderen Seite die monumentale Silhouette des beleuchteten Roten Forts. Dann begann die gewaltige Verteilaktion. Die Männer erhoben sich alle gleichzeitig, folgten den Anweisungen und bewegten sich von einem Kreis zum nächsten. Diese Arbeiter waren früher die Seele der Hauptstadt. Jetzt bildeten sie ein stummes Ballett von Menschen, denen nichts mehr geblieben ist. Aktuelle Misere zwischen historischem Prunk.

All die TagelöhnerInnen, Hilfskräfte und Handlanger aus Uttar Pradesh, Bihar oder Bengalen waren über Nacht zu BettlerInnen auf den Strassen der Hauptstadt geworden. Die Einführung des Lockdowns in Indien am 25. März hatte sie ins Elend gestürzt. Premierminister Narendra Modi, der letztes Jahr mit einem hinduistisch-nationalistischen Programm triumphierend wiedergewählt wurde, hatte der Bevölkerung nur gerade vier Stunden Zeit gegeben, sich auf die Aussetzung des öffentlichen Verkehrs und die Stilllegung des Landes vorzubereiten. In dem Staat mit 1,3 Milliarden EinwohnerInnen und einem fragilen ökonomischen Gleichgewicht wurde kaum etwas getan, um die Auswirkungen für die ärmsten Teile der Bevölkerung etwas abzufedern. «Die Regierung muss die volle Verantwortung für diese humanitäre Krise übernehmen, die durch die schlechte Vorbereitung des Lockdowns ausgelöst wurde», fordert Reetika Khera, Ökonomin und Soziologin. «Einen der striktesten Lockdowns der Welt begleitete die Regierung mit einem der magersten Hilfspakete überhaupt (0,5 Prozent des BIP). Und das in einem Land, in dem 76 Prozent der Arbeitsplätze als gefährdet gelten.» Millionen von Inderinnen und Indern waren plötzlich mittellos, weit entfernt von ihren Heimatdörfern. «Die Regierung hat nicht berücksichtigt, dass ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung aus Tagelöhnern ohne Anspruch auf Sozialversicherung oder Arbeitslosengeld besteht», unterstreicht Reetika Khera. «Für Millionen von Menschen bedeutet dies Hunger, eine sich verschlechternde Gesundheit, Unsicherheit und Angst.»

**Prügel bei Missachtung** Diese neuen Mittellosen bevölkerten nun die geschlossenen Märkte von Delhi. Plaudernd sassen sie nebeneinander vor den zugezogenen Vorhängen der Geschäfte oder dösten auf dem Trottoir. Das Herz der 20-Millionen-Metropole wurde zu einem Schlafsaal

Essensausgabe in Alt-Delhi.





Geschlossene Marktstände während des Lockdowns.

Kreise fürs Social Distancing: Regungslos warten die Menschen auf eine kostenlose Mahlzeit.

unter freiem Himmel. «Warum durften wir nicht in unsere Dörfer zurückkehren?», empörte sich Naveen Kishore, 45, Arbeiter in einer Teppichfabrik. Er trug eine Jacke, deren Alter nicht mehr zu erkennen war, als er in der Nähe der grossen Jama-Masjid-Moschee für eine kostenlose Mahlzeit anstand. «Wir haben gar nichts mehr... Es wäre einfacher, die Sache mit einer Kugel zu erledigen!» Um ihn herum ereiferten sich rund 20 Männer, viele von ihnen trugen Masken oder Schals über dem Gesicht. Weil es keine Transportmöglichkeiten gab, sassen auch sie in der Hauptstadt fest und konnten nicht in ihre Heimatdörfer zurückkehren.

Mittlerweile wurden die Stadtviertel von Delhi von der Polizei verbarrikadiert, um die Einhaltung der Massnahmen zu erzwingen. Auf dem Shahstri Market setzten sie gar Schlagstöcke ein, um Geschäfte zu schliessen, die ihre Türen öffnen wollten. «In der Nacht kamen Polizisten und schlugen uns, wir mussten von einem Trottoir zum nächsten fliehen», erzählte Naveen Kishore. Die soziale Hierarchie in Indien, das Kastensystem und der grassierende Rassismus führten dazu, dass vor allem Minderheiten betroffen waren, insbesondere muslimische Menschen und Dalit, die man früher «Unberührbare» nannte. Sie wurden nun beschuldigt, das Virus verbreitet zu haben.

Unter den Ärmsten ist die Angst vor dem Hunger stärker als jene vor dem Coronavirus. Doch angesichts der Bevölkerungsdichte und wegen der Mängel im Gesundheitssystem mit einer schlechten Ausstattung der Spitäler bleibt die Furcht vor einer Explosion der Krankheitsfälle weiterhin gross. «Natürlich haben wir Angst, aber was können wir tun?», sagte der 27-jährige Umar Salman, der bisher in einer Druckerei 500 Rupien (6 Franken) pro Tag verdient hatte. «Ich trage eine Maske. Aber wir haben kein Geld, um uns in den öffentlichen Duschen zu waschen. Wir, die Armen, werden das Virus verbreiten, wenn die Regierung uns nicht hilft!»

Mohammed Hader Ali, ein 34-jähriger T-Shirt-Verkäufer, betonte: «Hier hat niemand das Virus. Aber sobald jemand erkrankt, werde ich es auch kriegen.» Soziale Distanzierung ist in diesem Umfeld, wo alle auf kleinstem Raum zusammenleben, nicht denkbar. Ein Lockdown zur Pandemiebekämpfung war damit von vornherein äusserst schwierig. Mohammed Hader Ali fügte an: «In Indien werden die Leute gerettet, die Geld haben, während die Armen sich selbst überlassen werden und leiden.»

Kluft wird grösser Trotz Unterstützungsversprechen seitens der Regierung sind die Auswirkungen bei jenen Bevölkerungsteilen, die ihre Lebensgrundlage verloren haben, enorm. «Die indische Wirtschaft befand sich bereits vor der Pandemie in schlechtem Zustand, und die aktuelle Krise wird eine starke Rezession auslösen», so die Einschätzung von Paranjoy Guha Thakurta, Autor und politischer Kommentator. «Die Kluft zwischen Arm und Reich wird noch grösser werden.»

Bürgerinnen und Bürger sowie NGOs versuchen in der Hauptstadt, den Mittellosen zu helfen. Solidarität und Grosszügigkeit zeigen sich in Suppenküchen, die an Strassenecken organisiert werden. Hier öffnet jemand eine Truhe, um Kisten mit Lebensmitteln zu verteilen; dort fahren Jugendliche auf Rollern vor, mit Töpfen voller Essen, das ihre Mütter zubereitet haben. «Es ist unsere Pflicht, die Ärmsten zu ernähren», meint Amrit Pal Singh, zuständig für die Verteilaktionen an der Gurudwara am Chandni Chowk. «Religiöse Differenzen oder Kastenunterschiede dürfen dabei keine Rolle spielen.»

«Es wird immer schwieriger, die Leute in Not zu versorgen», sorgt sich Deepak Das, ein Freiwilliger der Organisation Karwan-e-Mohabbat. Seine Organisation wurde von Harsh Mander gegründet, einem bekannten Menschenrechtsaktivisten. Auch er warnt: «Die Zeiten sind schrecklich. Ich fürchte, die Armen werden leiden wie seit Jahrzehnten nicht mehr.»

Vanessa Dougnac ist freie Journalistin in Indien.



## Das Bild einer Anführerin

Während der Revolution im Sudan waren Frauen an vorderster Front dabei. Vor allem eine wurde durch ein Foto zur Ikone. Ein Jahr später setzt sich Alaa Salah dafür ein, dass Frauen auch in der Regierung ihren Platz finden. Von Hannah El-Hitami



Alaa Salah singt und tanzt auf einem Auto, aus Protest gegen die 30-jährige Herrschaft von Präsident Omar al-Baschir im Sudan. April, 2019.

it grossen goldenen Ohrringen und weissem Gewand steht die junge Frau auf dem Dach eines Autos und feuert die Massen vor ihr an. Sie rezitiert mit lauter Stimme ein sudanesisches Gedicht. «Wir werden nicht schweigen im Angesicht des Tyrannen», heisst es darin. Tausende Stimmen antworten mit «Thawra!» - arabisch für Revolution. Ein Foto dieser Szene, die sich im April 2019 in Khartum abspielte, ist seitdem um die Welt gegangen und hat die Aktivistin Alaa Salah zur Ikone der sudanesischen Revolution gemacht - insbesondere der Frauen, die sich nicht nur ihre politische Freiheit, sondern auch einen Platz im öffentlichen Raum zurückerobert haben. Seit September 2019 herrscht nun eine Übergangsregierung, bestehend Hälfte aus Militärangehörigen und zur anderen aus Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft. Welche Rolle die sudanesischen Frauen nach der Revolution in Politik und Gesellschaft spielen werden, wird sich in dieser Übergangsphase zeigen.

Leere Bankomaten | Als die Proteste begannen, studierte Alaa Salah Architektur an einer Privatuniversität in Khartum. Die ersten Demonstrierenden gingen im Dezember 2018 auf die Strasse, nachdem Sudans langjähriger Diktator Omar al-Baschir drastische Sparmassnahmen angekündigt hatte. Damit brachte er ein Fass zum Überlaufen, das schon seit Jahren randvoll gewesen war. «Es gab Krisen ohne Ende im Sudan, sei es wegen Wohnraum, im Gesundheitsoder im Bildungssystem», sagt Salah bei einem Besuch in Berlin im Februar. «Allein um ihren Alltag zu bewältigen - an Essen zu kommen und an Benzin, einen Geldautomaten zu finden, der nicht leer war -, mussten Sudanesinnen und Sudanesen oft weite Wege zurücklegen.» Die Probleme seien in den letzten Jahren immer schlimmer geworden, verschärft durch die massive Unterdrückung jeglicher politisch oppositioneller Aktivität.

Von Anfang an ging Salah mit auf die Strasse. Später brach sie sogar ihr Studium ab, da die Universität trotz der Massenproteste Seminare und Klausuren wie üblich durchführte. Das liess sich schlecht vereinbaren mit der neuen Tagesplanung ihrer Studierenden: «Jeden Donnerstag um 13 Uhr starteten die Demonstrationszüge im ganzen Sudan», erinnert sich Salah. Die 23-jährige Studentin redet schnell, als wolle sie alle Erfahrungen und Erinnerungen der Revolution in kürzester Zeit an so viele Menschen wie möglich weitergeben. Später habe sie jeden Abend online nachgeschaut, wo am nächsten Tag eine Kundgebung starten würde und was die geplante Route war. Ausserdem hätten sie und ihre MitstreiterInnen sich darüber informiert, wie sie sich selbst schützen konnten, um auf dem Weg dorthin nicht festgenommen zu werden und danach wieder sicher nach Hause zu kommen. «Jedes Mal, wenn wir auf eine Demonstration gingen, wussten wir nicht, ob wir danach nach Hause zurückkehren würden. Viele, die mit uns protestiert haben, sind heute tot.»

Frauen in der Hauptrolle | Vor allem die sudanesischen Frauen erhielten internationale Aufmerksamkeit für ihren mutigen Einsatz bei den Protesten. Denn immerhin war ihre Rolle in der sudanesischen Gesellschaft bis dahin von Gesetzen geprägt, die sie aus dem öffentlichen Raum verdrängten und ihre Freiheit beschnitten. Auch in Salahs wichtigsten Erinnerungen an die Revolutionstage spielen Frauen die Hauptrolle. Sie hätten, ob jung oder alt, die Proteste unterstützt. Ältere Frauen hätten Wasser verteilt oder die Türen zu ihren Häusern für die flüchtenden DemonstrantInnen geöffnet, wenn die Polizei kam. «Als es auf einer der Demos gefährlich wurde, riefen die Männer: «Alle Frauen sollen nach hinten gehen!>», erinnert sich Sa-

lah. «Wir aber sagten: Nein, die Frauen stehen ganz vorne! Wenn etwas passiert, dann passiert es uns allen. Schliesslich sind wir gemeinsam losgegangen.»

Vier Ministerinnen | Sie sind gemeinsam losgegangen, aber in den politischen Ämtern sind Frauen nach wie vor nicht gleichberechtigt angekommen. Zwar hat sich die Lage der Frauen im Sudan seit der Revolution verbessert. Unter anderem wurde im November das sogenannte Gesetz zur öffentlichen Ordnung abgeschafft, das das Verhalten von Frauen in der Öffentlichkeit, einschliesslich ihrer Bekleidung, stark einschränkte. Bei Verstössen drohten Peitschenhiebe. Aber in der Übergangsregierung von Premierminister Abdallah Hamdok gibt es gerade einmal vier Ministerinnen - das entspricht nur einem Fünftel des Kabinetts. Als die Gestaltung der Übergangsregierung verhandelt wurde, hatten Frauenrechtsorganisationen gefordert, dass fünfzig Prozent der Positionen mit Frauen besetzt werden, jedoch ohne Erfolg. Heute engagiert sich Alaa Salah bei Mansam, einer Allianz der zivilgesellschaftlichen und politischen Frauengruppen Sudans, die weiterhin für die Präsenz der Frauen in der Regierung und ihre gesellschaftlichen Rechte kämpft.

«Es gibt nichts Wichtigeres als Frauenrechte», glaubt Alaa Salah. Sie gehörten zu den grundlegendsten Faktoren für einen Wandel, auch wenn sie immer nach hinten geschoben würden. «Dabei müssen sie ganz vorne stehen, denn wo Frauen sind, dort ist auch Frieden. Wenn Frauenrechte durchgesetzt werden, hat das einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft.» Wie die Rolle der Frauen in der Revolution wahrgenommen wurde, zeigt auch das Foto von Alaa Salah. Als «Kandake» wurde sie bezeichnet: So hiessen die nubischen Königinnen im vorchristlichen Reich Kusch im heutigen Sudan. Sie waren Anführerinnen und Kämpferinnen. Alaa Salah hat sich in-



Bei einem Besuch in Berlin: Alaa Salah im Februar 2020.

zwischen in ihre Rolle als Botschafterin des politischen Wandels im Sudan eingelebt. Seit ihr Foto berühmt wurde, hat sie zahlreiche Interviews gegeben. Im vergangenen Oktober sprach sie als Vertreterin der sudanesischen Zivilgesellschaft vor dem Uno-Sicherheitsrat.

### Diskutieren statt schiessen

Vor der Uno betonte sie, wie wichtig es sei, dass die Verantwortlichen des alten Regimes zur Rechenschaft gezogen werden. Gegen Omar al-Baschir, der das Land nach einem Militärputsch dreissig Jahre lang mit harter Hand regierte, wurde schon 2009 ein internationaler Haftbefehl verhängt. Ihm werden Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Kriegs in Darfur vorgeworfen. Nun kommt noch die Gewalt gegen die Demonstrierenden hinzu. Dafür müsse er vor den Internationalen Strafgerichtshof gestellt werden, glaubt Salah. Ob das passieren wird oder ob er vor ein nationales

Gericht gestellt werden soll, diskutiert die neue Führung im Sudan zurzeit noch. Bis dahin bleibt der Ex-Diktator in Khartum inhaftiert.

Für Alaa Salah hat sich viel verändert seit der Revolution. «Als das Foto erschien, erhielt ich eine sehr grosse Verantwortung, die Stimme des Volkes, der Revolution, der Strasse an die Welt weiterzugeben», sagt sie. Das sei eine Herausforderung, der sie sich gewachsen fühle. «Ich hoffe, dass unsere Erfahrung auch vielen anderen Ländern Hoffnung geben kann, die immer noch unter diktatorischen Regimes leiden.» Im Sudan könne man inzwischen endlich offen sagen, was man denke. «Wo wir früher mit Schüssen, Tränengas und Festnahmen empfangen wurden, kommt jetzt der Minister oder die Ministerin persönlich und diskutiert mit uns über unsere Forderungen. Nicht alles wird verwirklicht, aber wir werden gehört.»

## «Eine enorme Chance»

Anfang Juni ist Manon Schick nach knapp zehn Jahren als Geschäftsleiterin der Schweizer Sektion von Amnesty International zurückgetreten. Übernommen hat Alexandra Karle. Im Interview halten die beiden Frauen Rück- und Ausschau. Interview: Carole Scheidegger

- ► AMNESTY: Der Stabwechsel erfolgte mitten in der Corona-Krise war das eine gute Idee?
- ◄ Manon Schick: Der Vorstand hat Alexandra Karle Anfang Jahr gewählt und den Wechsel schon vor Beginn der Krise auf Anfang Juni vereinbart. Ich muss zugeben: Mit einer externen Person wäre das wohl schwierig geworden. Aber die beste Kandidatin war eine Interne, die bereits Mitglied der Geschäftsleitung war. Deshalb habe ich keine Zweifel daran, dass dieser Übergang gut verläuft, auch mitten in einer Gesundheits- und Menschenrechtskrise.
- ◄ Alexandra Karle: Wir hätten uns wohl beide eine entspanntere Situation gewünscht. Es ist natürlich schöner, wenn man sich in einer solchen Übergangszeit persönlich sieht. Aber ich hatte ja schon Einblick in die Geschäfte und bin auch

international gut eingebunden. Als Kommunikationsleiterin habe ich auch viel mit den Themen Corona-Krise und Menschenrechte zu tun gehabt.

- ► Manon Schick, wie hat sich die Lage der Menschenrechte während Ihrer Amtszeit entwickelt?
- ◄ M.S.: Auf weltweiter Ebene hat sich die Situation leider nicht verbessert. Der wachsende Populismus ist sehr besorgniserregend. Demokratisch gewählte Regierungschefs äussern in aller Öffentlichkeit Sätze wie: «Man sollte die Ärmsten erschiessen», oder «Wir wollen keine Migranten in unserem Land.» Ich denke an Trump in den USA, Orbán in Ungarn oder Duterte in den Philippinen. In der Schweiz existieren diese populistischen Strömungen ja auch, zum Teil sind sie stark. Aber es gelingt, ihre Aus-

wirkungen zu begrenzen. So hat vergangenes Jahr die Stimmbevölkerung die «Fremde Richter»-Initiative verworfen, die die Menschenrechte ganz direkt angriff. Und auch weltweit gibt es Anlass zur Hoffnung, etwa aufgrund der vielen Bewegungen in der Zivilgesellschaft, die lautstark gegen Unrecht protestieren.

- ► Wie motivieren Sie sich jeden Tag für die manchmal schwierige Menschenrechtsarbeit?
- → M.S.: Es ist eine enorme Chance, in einer solchen Position zu arbeiten. Man kann agieren, muss nicht nur stumm zuschauen. Natürlich gab es Rückschläge und unglaublich traurige Augenblicke. Aber es gab auch viele glückliche Momente, wenn wir erleben, wie die Rechte von Menschen gestärkt werden. Die Rechte von Homosexuellen wurden aus-



Manon Schick, geboren 1974 in Lausanne, hat Geisteswissenschaften studiert und als Journalistin gearbeitet, unter anderem für die Zeitschrift «L'Illustré». Sie

stiess 2004 als Mediensprecherin zu Amnesty Schweiz, wurde 2007 Mitglied der Geschäftsleitung und 2011 Geschäftsleiterin. Alexandra Karle, geboren 1967 in Frankfurt/Main, hat Politik- und Kommunikationswissenschaften und Internationales Recht studiert. Danach berichtete sie erst als Politikkorrespondentin, dann als Krisenreporterin von verschiedenen Brennpunkten der Welt und arbeitete als Moderatorin in Berlin. Sie wurde



2012 Mediensprecherin von Amnesty Schweiz, leitete dann die Kommunikationsabteilung und trat am 1. Juni die Stelle als Geschäftsleiterin an.



«Bleibt uns treu!»: Manon Schick (links) und Alexandra Karle danken all den Menschen, die Amnesty International unterstützen.

gebaut, Jugendliche haben sich gegen den Klimawandel mobilisiert, es gab den Frauenstreik: Das sind alles sehr motivierende Momente.

◀ A.K.: Ich war früher als Journalistin tätig und berichtete unter anderem aus Kriegs- und Krisenregionen. Jetzt kann ich aktiv mithelfen, die Welt zum Besseren zu verändern. Ich bin eine unglaubliche Optimistin, ohne dass ich die Augen verschliessen würde vor all den Herausforderungen. Aber die vielen kleinen Erfolge, die wir erzielen, motivieren mich: wenn beispielsweise Menschen aus dem Gefängnis entlassen oder nicht mehr ge-

richtlich verfolgt werden. Auch während der Corona-Krise zeigt sich etwa bei der Nachbarschaftshilfe, wie viele Menschen Mitgefühl haben. In der Krise wird auch das Gute sichtbar.

## ► Alexandra Karle, welche Schwerpunkte wollen Sie setzen?

◄ A.K.: Zuerst wollen wir möglichst unbeschadet durch die Krise kommen. Ich bin aber begeistert davon, wie engagiert die Mitarbeitenden und die aktiven Mitglieder auch während des Lockdowns waren. Diese Krise bringt uns, so seltsam das klingt, in gewissen Punkten auch vorwärts, zum Beispiel beim digitalen Aktivismus. Die Herausforderung für Amnesty International wird sein, mehr Leute, junge Leute, für die Menschenrechte zu begeistern, vielleicht auch online. Und gleichzeitig wollen wir, dass die langjährigen Aktivistinnen und Aktivisten bei uns bleiben. Ich plane keinen abrupten Richtungswechsel. Auf internationaler und nationaler Ebene ist es wie alle fünf Jahre an der Zeit, eine neue Strategie zu entwickeln. Wir werden sicherlich neue Themen einbeziehen wie die Klimakrise oder neue Technologien.

## ▶ In welchen Punkten ist die Organisation stark, wo muss sie sich noch verbessern?

**◄ M.S.:** Amnesty International ist weltweit die grösste Menschenrechtsorganisation. Sie befindet sich nun, mit der Corona-Krise, in einer einschneidenden Phase, denn die wirtschaftliche Krise wird auch uns betreffen. Amnesty Schweiz ist eine starke Sektion, die in den letzten Jahren noch gewachsen ist. Sie wurde zu einer wichtigen Partnerin für die weltweite Amnesty-Bewegung: Wir gehören zu den sechs grössten Beitragszahlern. Unsere Stimme wird gehört, Mitglieder der Geschäftsleitung und des Vorstands waren wiederholt Teil von internationalen Gremien. Aber es geht uns nur gut, wenn es der weltweiten Bewegung auch gut geht. Unsere kleinen Sektionen in Togo, Burkina Faso oder Uruguay müssen die aktuelle Krise überstehen können. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Büros in Indien geschlossen werden, weil die Regierung gegen die Menschenrechte eingestellt ist.

◀ A.K.: Wir wollen natürlich, dass sich die Menschen auch weiterhin mit Amnesty International für ihre Rechte einsetzen. Ich finde es deshalb sehr wichtig, mit Grassroot-Bewegungen zusammenzuarbeiten. Sie kennen die Situation vor Ort oft am besten. Amnesty selbst hat in den vergangenen Jahren den Prozess «Moving Closer to the Ground» vollzogen und ist nun mit Regionalbüros an vielen Orten der Welt vertreten. Das bringt sehr viele Vorteile mit sich - wir können schneller reagieren und senden nicht mehr einfach nur aus Europa Botschaften in die Welt. Aber es birgt natürlich auch manche Gefahren, zum Beispiel in der Türkei, wo unsere Leute in grosse Bedrängnis geraten sind.

## ► Kann Amnesty wirklich etwas ausrichten auf der Welt?

◄ A.K.: Wenn nicht, würden wir bestimmt nicht hier sitzen! Wenn ich auch
nur eine Sekunde daran zweifeln würde,
könnte ich diese Arbeit nicht machen.
Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass
wir etwas bewirken, in der Schweiz, aber
auch weltweit. Auch wenn wir nur immer wieder daran erinnern, wie wichtig
Menschenrechte und ihre Sicherung
sind. Diese Systeme werden ja auch angegriffen. Wir wollen aber nicht nur eine
mahnende Stimme sein, sondern Lösungen aufzeigen. Ich finde, auch da hat sich
Amnesty sehr entwickelt.

## ► Können Sie Beispiele nennen, wo Amnesty viel bewegt hat?

→ M.S.: Der Waffenkontrollvertrag (ATT) zeigt, dass der Einsatz für die Menschenrechte ein sehr langfristiger Kampf ist. Ein Kollege im Internationalen Sekretariat in London, Brian Wood, hatte vor fast 30 Jahren die Idee eines Kontrollvertrags für den Waffenhandel. Gegen alle Widerstände hat Amnesty gemeinsam mit anderen Organisationen dieses Vorhaben vorangetrieben, und die Uno hat schliesslich ein solches Abkommen angenom-

men. Amnesty kann die Welt also auf globaler Ebene beeinflussen, aber auch das Leben einer einzelnen Person.

◀ A.K.: Ein anderes Beispiel sind die Frauenrechte. In Irland hat sich die Amnesty-Sektion jahrelang dafür eingesetzt, dass Frauen Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch erhalten, und das ist nun eingetreten. In der Schweiz haben wir vergangenes Jahr mit einer Umfrage erhoben, wie viele Frauen von sexueller Gewalt betroffen waren. Die Umfrage wurde breit diskutiert, und hoffentlich wird nun auch das Sexualstrafrecht angepasst. Wir können gesellschaftliche Diskussionen anstossen.

## ► Manon Schick, haben Sie einen Rat für Alexandra Karle?

◄ M.S.: Geduld! (beide lachen) Ich selbst musste lernen, geduldiger zu sein. Ich weiss, dass Alexandra hartnäckig, leidenschaftlich und kompetent ist − aber wenn man sich für die Menschenrechte einsetzt, braucht es auch Geduld. Wir wollen stets, dass die Dinge schneller vorangehen, als sie es tun. Ein Beispiel dafür ist die Konzernverantwortungsinitiative. Als ich Geschäftsleiterin wurde, sprach man schon davon; es gab eine Petition, dann die Initiative, wir sollten vor etwa drei Jahren darüber abgestimmt haben.

## ▶ Und was machen Sie selbst jetzt beruflich?

◄ M.S.: Zuerst mache ich Ferien – wenn das trotz der Pandemie möglich ist. Ich habe vor, in der Schweiz in die Berge zu fahren. Dann werde ich überlegen, wie es weitergeht. Ich bin jetzt etwa in der Hälfte meines Berufslebens und will herausfinden, was ich noch tun möchte. Wieso nicht in den Bereich zurückkehren, aus dem ich ursprünglich gekommen bin: Journalismus und Kommunikation. Im Moment befinden wir uns natürlich in einer Krisenzeit, wir werden sehen. Ich habe bei Amnesty Kompetenzen erworben, die ich vorher nicht hatte: ein Team führen, Leute motivieren, eine Richtung vorgeben. Das kann ich auch in einem anderen Rahmen verwenden.

## ► Sie sind beide ursprünglich Journalistinnen. Zufall?

- M.S.: Auch mein Vorgänger, Daniel Bolomey, war zuerst Pressesprecher, dann Kommunikationsverantwortlicher. Amnesty ist eine Organisation, die eine Botschaft vermitteln und die Welt via Kommunikation verändern will. Wir bauen keine Schulen oder Brunnen in Entwicklungsländern. Dafür braucht es eher Ingenieurinnen oder Manager. Wer im Journalismus oder in der Kommunikation gearbeitet hat, verfügt über Kompetenzen, die bei Amnesty besonders nützlich sind. Man muss debattieren und überzeugen können.
- ◀ A.K.: Zur Kommunikation gehört ja auch, dass man gut zuhört, Empathie hat und auf Situationen eingehen kann. Diese sogenannten Soft Skills sind immer stärker gefragt.

#### ► Was möchten Sie den Amnesty-UnterstützerInnen sagen?

- **▲ M.S.**: Bleibt uns treu!
- **◆ A.K.:** Ich wollte genau das Gleiche sagen!
- ◄ M.S.: Wir haben grosses Glück bei Amnesty, dass wir auf so treue Unterstützer und Aktivistinnen zählen dürfen. Manche Leute begleiten uns seit Jahrzehnten; für sie ist Amnesty ein Teil ihres Lebens geworden. Sie geben uns Zeit, Geld oder ihre Leidenschaft. Amnesty wäre nichts ohne diese Menschen.
- ∢ A.K.: Ich bin sehr beeindruckt davon, mit welch riesigem Engagement die Aktivisten und Aktivistinnen ehrenamtlich tätig sind. Ich kenne viele von ihnen in der Deutschschweiz. In der Romandie oder im Tessin will ich sie noch besser kennenlernen. Es ist toll, dass sich so viele Menschen mit Amnesty für die Menschenrechte einsetzen. Darauf können wir stolz sein.

27

AMNESTY Juni 2020

## Schwieriger als die Flucht ist die Rückkehr

Im Irak mussten Christen und Christinnen in den letzten Jahrzehnten mehrfach fliehen, insbesondere in den Jahren des Kriegs gegen den «Islamischen Staat». Für eine Rückkehr fehlt manchen das Vertrauen. Von Klaus Petrus (Text und Bilder)

Damals, als der IS nach Alqosch vorrückte, erzählt Karam, stand er beim Friedhof der Stadt und blickte nach Süden auf die Ninive-Ebene. Schwarzer Rauch stieg in den Himmel und von überall ka-

men Menschen, auf Pickups, zu Fuss, mit Schafen und Ziegen, sie waren voller Angst. Damals, das war Anfang August 2014. Einen Monat zuvor hatte der sogenannte Islamische Staat (IS) die Stadt Mossul erobert. Viele waren aus der Millionenstadt nach Alqosch geflüchtet, darunter auch Karam und seine Familie, die zur christlichen Minderheit im Irak gehören.

Karam hatte mit seiner Frau und den beiden Töchtern zunächst Zuflucht in den alten christlichen Siedlungen der Ninive-Ebene nördlich von Mossul gefunden, zuerst in Karakosch, dann in Batnaya. Doch der IS rückte immer weiter vor und nahm schliesslich auch diese Städte ein. So flüchtete der heute 47-Jährige mit seiner Familie weiter nach Alqosch, keine halbe Stunde Autofahrt von Batnaya entfernt. Zu jenem Zeitpunkt, im August 2014, befanden sich bereits 130000 Christen und Christinnen auf dem Weg nach Nordosten in die kurdischen Gebiete, die meisten flüchteten nach Erbil oder Dohuk. Doch als einzige der umliegenden Siedlungen in der Ninive-Ebene blieb Alqosch unversehrt. Karam kann es bis heute kaum fassen. «Wie durch ein Wunder machte der IS vor dem Stadttor von Alqosch halt.»

Mehrfach vertrieben Es war nicht das erste Mal, dass Angehörige der christlichen Minderheit im Irak vertrieben wurden. In jüngerer Zeit und im Zuge des Krieges zwischen Irak und Iran (1980 bis 1988) mussten von den damals 1,4 Millionen Christinnen und Christen fast 500000 das Land in Richtung Europa und USA verlassen. Weitere 300000 ChristInnen flohen bei Ausbruch des Irakkriegs 2003, als sie zur Zielscheibe radikaler Sunniten wurden.

Nach 2011 kehrten zwar viele zurück, doch dann kam der IS. Inzwischen leben noch zwischen 200000 und 250000 ChristInnen im Land, gut die Hälfte davon gehört der mit Rom verbundenen chaldäisch-katholischen Gemeinde an, 10 Prozent sind AssyrerInnen, die restlichen









Vom Friedhof von Alqosch (I. Seite unten) konnte man 2014 die Flaggen des IS sehen, erzählt Karam (I. Seite oben). Christliche Symbole: Wandbild des St. Georg, Marienfigur in Dohuk (oben).

ChristInnen im Irak bekennen sich hauptsächlich zur syrisch-katholischen oder zur syrisch-orthodoxen Kirche.

Zwar wurden nach der Vertreibung des IS die Flüchtlingslager in den Kurdengebieten, in welchen vorwiegend Christen und Christinnen Zuflucht gefunden hatten, nach und nach aufgelöst, und viele von ihnen kehrten in die Ninive-Ebene zurück, das angestammte Gebiet des irakischen Christentums - eines der ältesten weltweit. Dort leben christliche Menschen seit Jahrhunderten mit muslimischen, jesidischen und kurdischen sowie Angehörigen von kleineren ethnisch-religiösen Gruppen wie den Schabak zusammen. Heute gehören dort höchstens noch 40 Prozent der Bevölkerung dem christlichen Glauben an.

#### Unsicherheit und Misstrauen

Die Heimkehr ist für die Menschen bis heute schwierig. Zahlreiche Dörfer wie Karamles oder Batnaya wurden von den islamistischen TerroristInnen fast vollständig zerstört. Auch sitzt das Misstrauen tief. «Der IS mag zwar weg sein, die Ideologie aber steckt noch immer in den Köpfen», sagt Karam. Für ihn kommt eine Rückkehr nach Mossul jedenfalls noch nicht in Frage.

Unklar bleiben denn auch die Sicherheitsgarantien für diese Region. Die Ninive-Ebene gehört zu den «umstrittenen Gebieten», die sowohl von der irakischen Zentralregierung in Bagdad beansprucht werden als auch von der Autonomen Region Kurdistan (ARK), an die sie angrenzen. Die meisten ChristInnen möchten künftig lieber unter kurdischer Verwaltung leben, doch nicht wenige haben auch gegenüber den KurdInnen Vorbehalte

Kaum Arbeit In Alqosch fanden nach 2014 auch Muslime und Musliminnen Unterschlupf, Konflikte zwischen den Religionsgruppen gab es bisher aber keine. In dieser uralten Stadt aus der Zeit des assyrischen Reichs mit heute 6000 EinwohnerInnen hat seit 2017 eine Christin das Amt der Bürgermeisterin inne, was wohl einmalig ist im Irak.

Gleichwohl überlegt sich Karam zu gehen. «Ausser in der Landwirtschaft gibt es kaum Arbeit. Und der Weg nach Mossul, aber auch die Strassen nach Erbil und Dohuk sind von Checkpoints blockiert, ein Pendeln zwischen Alqosch und diesen Städten ist unmöglich.»

Doch wohin soll Karam gehen? Er erzählt von Leuten, die von Mossul nach Erbil geflohen sind und jetzt in Ainkawa leben, einem Vorort von Erbil mit 40000 ChristInnen. Auch sie würden die fehlenden Perspektiven beklagen, erzählt Karam. Sie fühlten sich benachteiligt und sähen sich als Opfer einer Regierung, die bloss fürs eigene Wohl sorge. Für Karam sind das keine Probleme, die allein ChristInnen angehen, er verweist auf die landesweiten Proteste seit dem vergangenen Oktober. «Die Menschen sind aufgebracht, vor allem die Jugendlichen.» Die Proteste wurden gewaltsam unterdrückt, Hunderte mussten bisher ihr Leben lassen, mehrere Tausend wurden verletzt.

Die geflohenen ChristInnen werden erst dann in ihre Dörfer und Städte zurückkehren, wenn sie eine intakte Infrastruktur, Arbeit und Einkünfte haben, die sie nachhaltig investieren können. Und nur wenn sie wieder in ihren Häuser leben dürfen, werden sie im Land bleiben. Ob dem so sein wird, ist unklar. Manchmal, sagt Karam, sei die Rückkehr schwieriger als die Flucht.

## «Das Problem sind die traditionellen Rollenbilder»

Im vergangenen Jahr kam es gehäuft zu Angriffen auf Schwule. Auch bei Tabea Hässler und Léïla Eisner, den Macherinnen einer Umfrage über die Lebensbedingungen von LGBTI\*-Menschen in der Schweiz, wurden viele Gewalterfahrungen gemeldet. Die Sozialpsychologinnen plädieren für mehr Aufklärungsarbeit an Schulen und unter Migrantengruppen.

Interview: Ralf Kaminski

▶ AMNESTY: In letzter Zeit wurden in der Schweiz häufiger Übergriffe auf Schwule bekannt, speziell in Zürich. Gibt es tatsächlich mehr Vorfälle oder werden sie nur häufiger publik?

**◄ Léïla Eisner:** Das lässt sich leider nicht sagen, weil es in der Schweiz keine offiziellen Statistiken dazu gibt. Aber es scheint derzeit wirklich eine Häufung zu geben. In unserer Umfrage, die wir 2019 das erste Mal durchgeführt haben, sind die Zahlen relativ hoch: Mehr als 90 Prozent der 1500 Befragten gaben an, dass sie bereits Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ausgesetzt waren. Mehr als 60 Prozent haben Mobbing erlebt, 55 Prozent sexuelle Belästigung durch Männer. Und 25 Prozent haben körperliche Gewalt erlebt. Da wir die Umfrage nun jedes Jahr machen, werden wir mit der Zeit auch eine Entwicklung sehen.

▶ Auffällig ist, dass laut den Opfern viele Vorfälle von jungen Männern mit Migrationshintergrund ausgingen, meist aus dem Balkan oder dem Nahen Osten, oft von Muslimen. Ist das Zufall?

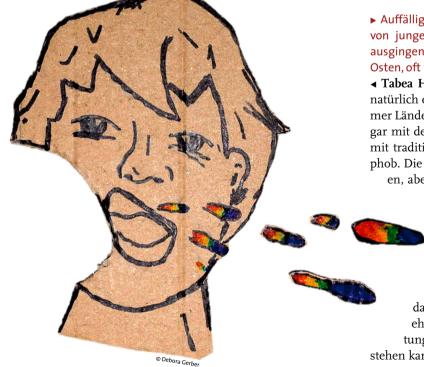
**▼ Tabea Hässler**: Der kulturelle Hintergrund hat natürlich einen grossen Einfluss. Es gibt noch immer Länder, in denen Homosexualität tabu ist und gar mit der Todesstrafe bestraft wird. Und: Leute mit traditionellen Rollenbildern sind eher queerphob. Die finden sich in einigen Migrantenfamilien, aber auch bei Rechtsextremisten und klas-

sisch Konservativen.

◀ L.E.: Wichtig ist auch der Kontakt zu queeren Menschen: Wer jemanden aus dieser Gruppe kennt, realisiert schnell, dass dies ganz «normale» Leute sind. Kommt man aus einer Kultur, in der

das weniger akzeptiert ist, outet man sich eher nicht, was dazu beiträgt, dass die Haltung: «Bei uns gibts das nicht!», weiterbe-

stehen kann.



## ► Was kann man tun, um diese Leute zu erreichen?

∢ T.H.: Die Schulen wären extrem wichtig, denn dort erreicht man auch Kinder und Jugendliche aus Familien mit traditionellen Rollenbildern. Dort könnte man aufklären, Empathie aufbauen. Da liesse sich noch einiges tun.

#### ▶ Wie kommt man an die Eltern heran?

- ◀ T.H.: Bildung hat einen grossen Einfluss. Auch unter muslimischen Menschen gibt es solche, die dem LGBTI\*-Thema sehr offen gegenüberstehen. Aber wenn traditionelle Rollenbilder dominieren, steht der Mann oben und die Frau unten und das wird von queeren Menschen aufgebrochen und führt zu Konflikten. Besonders homophob treten Männer auf, die in ihrer eigenen Männlichkeit verunsichert sind.
- ◄ L.E.: Kontakt zu LGBTI\* wäre sehr hilfreich. Er könnte zum Beispiel auch bei der Arbeit entstehen. Studien zeigen ausserdem, dass eine Ausweitung der Rechte etwa die Ehe für alle auch die Einstellung in der Gesamtbevölkerung positiv beeinflusst. Ganz wichtig sind auch Vorbilder: Wenn sich angesehene Personen des eigenen Kulturkreises outen oder offen für die Akzeptanz von LGBTI\* plädieren, kann das sehr viel bewirken.
- ◀ T.H.: Migrantenvereinigungen sollten solche Angriffe unmissverständlich verurteilen und klarstellen, dass sie sowas nicht tolerieren. Man könnte gezielt versuchen, ihre Mitglieder zu erreichen und sie davon zu überzeugen, Stellung zu beziehen. Und ganz wichtig ist natürlich, dass geoutete Menschen mit Migrationshintergrund in der LGBTI\*-Gemein-

## Besonders homophob treten Männer auf, die in ihrer Männlichkeit verunsichert sind.

schaft aufgenommen und akzeptiert sind. Ich habe kürzlich einen schwulen Schweizer mit türkischem Hintergrund kennengelernt, der fand, er gehöre nirgends richtig dazu: zur Schwulen-Community nicht, weil er Türke ist, zu den Türken nicht, weil er schwul ist.

- ▶ Global gesehen sind wohl trans Menschen am stärksten mit Gewalt konfrontiert. Jedes Jahr werden Hunderte ermordet. Weshalb tun sich so viele gerade mit ihnen so schwer?
- **▼**T.H.: Weil sie, insbesondere trans Frauen, traditionelle Rollenbilder besonders stark infrage stellen. Da verlassen Männer quasi freiwillig ihre hochangesehene Rolle und greifen so grundsätzlich die Stellung des «starken Geschlechts» an. Einige Männer empfinden das als Bedrohung ihrer Männlichkeit. Manche sind vielleicht auch verunsichert, weil sie sich nicht sicher sein können, dass die Frau vor ihnen, von der sie sich angezogen fühlen, wirklich eine «echte» Frau ist. So was löst Aggressionen und ab und zu brutale Gewalt aus. Umso paradoxer ist es, dass ausgerechnet diese Gruppe bei uns weiterhin nicht durch die Antidiskriminierungs-Strafnorm geschützt ist.
- ▶ Wir sehen derzeit in der westlichen Welt zwei grosse Trends, die parallel laufen: LGBTI\*-feindliche RechtspopulistInnen gewinnen an Boden, was teilweise auch die Gewalt gegenüber queeren Menschen verstärkt. Auf der anderen Seite sind zumindest Lesben, Schwule und Bisexuelle so selbstverständlich geworden, dass sie auch Abstimmungen, wie jene im Februar über die Ausweitung der Rassismus-Strafnorm, komfortabel gewinnen. Welcher Trend wird sich durchsetzen?
- ∢ T.H.: Wir müssen uns immer bewusst sein, dass die erreichten Fortschritte nicht einfach bleiben, dass es immer die Gefahr von Rückschritten gibt. Und je abschätziger und gewalttätiger die Rhetorik rechter Parteien, desto eher fühlen sich Gewaltbereite darin bestätigt, etwas unternehmen zu dürfen; sie glauben dann, damit die stille Mehrheit zu vertreten. Wir müssen also wachsam bleiben und weiterkämpfen. Und die gesellschaftliche Mehrheit muss diese Rhetorik unmissverständlich ächten. Da könnte man durchaus noch mehr machen.
- ◄ L.E.: Insgesamt bin ich aber für unseren Teil der Welt optimistisch, dass sich der positive Trend durchsetzt vorausgesetzt, wir bleiben weiterhin dran.

**Tabea Hässler** (31) ist Sozialpsychologin an der Universität Zürich, **Léïla Eisner** (27) ist Sozialpsychologin an der Universität Lausanne.

Sie suchen weitere queere Menschen für ihre Umfrage (20–30 Minuten): https://tinyurl.com/SwissLGBTIQ





## Das Leben gewinnt

Von A wie Afghanistan bis Z wie Zentralafrikanische Republik: Der Fotograf Noël Quidu zeigt in seinem Bildband «Und Gott schuf den Krieg» die unselige Verquickung von Glauben und bewaffnetem Kampf.

Von Maik Söhler



Noël Quidus Bilder zeigen den Alltag in Extremsituationen.

Die Verbindung von Krieg und Glauben kann sehr dezent daherkommen, etwa wenn ein Mann in einem Bus voller Milizionäre in Transnistrien unauffällig sein Kreuz küsst, das er an einer Kette um den Hals trägt. Deutlicher zeigt sich diese Verbindung, wenn auf einer Strasse im afghanischen Bagram verschleierte Frauen und Mädchen zu sehen sind, während wenige Kilometer entfernt gekämpft wird. Zwei Bilder, zwei Abstufungen.

142 Bilder enthält der Fotoband «Und Gott schuf den Krieg» des französischen Fotografen Noël Quidu, das sind 142 Abstufungen. Alle Bilder wurden in Konfliktgebieten aufgenommen und fangen neben Kriegshandlungen auch ideologische Momente ein, von denen viele religiös aufgeladen sind. Von A wie Afghanistan bis Z wie Zentralafrikanische Republik reicht der Kosmos, den Quidu bereist hat; von 1990 bis fast in die Gegenwart erstreckt sich die Zeitspanne. Manche Länder wie Bosnien sind uns sehr nah, andere wie Pakistan weit entfernt.

Für Quidu macht das keinen Unterschied. Er ist seit Jahrzehnten für die Nachrichtenagentur Gamma als Bildreporter in

Kriegs- und Krisengebieten unterwegs und hat bereits dreimal den World Press Award erhalten, den renommiertesten Preis, den die internationale Pressefotografie vergibt. «Ich will Bilder schaffen, die gerade noch erträglich sind und somit öffentlich gezeigt werden können», schreibt Quidu im Vorwort.

Es ist kein normales Vorwort, das nur Orte beschreibt, Personen charakterisiert und Situationen in ihrem Kontext erläutert. Der Fotograf erklärt darin auch die Motive, die ihn in den vergangenen 30 Jahren angetrieben haben: «Die Geschichte mit all ihren blutrünstigen Auswüchsen darf sich nicht wiederholen. Meine Fotografien bezeugen auf bestürzende Weise die Würdelosigkeit des Menschen.» Und er formuliert seine grösste Hoffnung: «Das Leben ist stärker als der Tod.»

Dieser Hoffnung folgen seine Bilder. Egal ob in Aleppo, Kairo oder Bagdad, in Mogadischu, Monrovia oder Kigali, in Kabul oder Bagram, in Belgrad oder Sarajewo – Quidu ist nahe an den Menschen, von denen einige zu TäterInnen und andere zu Opfern werden. Gesten des Triumphs und des Siegesrauschs sind gelegentlich zu sehen, manchmal auch Nachdenklichkeit und Distanz, meist aber Leid, Angst, Trauer und Verzweiflung. Jedes Foto lässt erahnen, wie wohl der Alltag in Extremsituationen aussieht – für Kinder und Erwachsene, für Zivilpersonen und Kämpfende. Cyril Drouhet, Direktor für Reportagen und Fotografie beim «Figaro Magazin», hat weitere kenntnisreiche Texte zu einzelnen Krisengebieten beigesteuert. Auch sie tragen dazu bei, dass «Und Gott schuf den Krieg» ein beeindruckendes Buch geworden ist, das vor Krieg und religiösem Fundamentalismus warnt. Doch nicht die Texte bleiben in Erinnerung, wenn man das Buch aus der Hand gelegt hat. Es sind Quidus Fotos, die man so schnell nicht vergisst.



Noël Quidu/Cyril Drouhet: Und Gott schuf den Krieg. Bildband, dreisprachig (Französisch/Englisch/Deutsch). Edition Lammerhuber, Baden (A) 2019. 272 Seiten, 142 Fotos.

## Schonungslos

In ihrem Buch «Prügel» erzählt die Journalistin Antje Joel aus dem Leben einer misshandelten Frau. Es ist ihre eigene Geschichte. Von Ulla Bein

Die Fallzahlen sind bekannt: Fast stündlich erfährt eine Frau in der Schweiz häusliche Gewalt, eine schmerzhafte, oft sogar lebensbedrohliche Erfahrung. Das sind somit etwa 8000 gemeldete Fälle pro Jahr.

Die Journalistin Antje Joel gibt einem dieser 8000 Fälle ein Gesicht: ihr eigenes. Sie schildert die lange Zeit, in der es zu ihrem Alltag gehörte, geprügelt zu werden. Das tut sie schonungslos, sowohl ihren LeserInnen als auch sich selbst gegenüber. In ihren Bericht flicht sie immer wieder Untersuchungen und Forschungsergebnisse ein, zeigt auf, dass ihre Geschichte eine unter vielen ist. Sie geht zurück zum Beginn ihrer ersten Ehe mit einem zehn Jahre älteren Mann, der sie schon bald nach ihrem Kennenlernen peinigt, beschreibt das Leben in der ersten gemeinsamen Wohnung, Schläge, Trennung, Rückkehr, zwei gemeinsame Kinder kommen auf die Welt – auch die Schwangerschaften hindern den Ehemann nicht, Antje Joel zu misshandeln.

Endlich der Ausstieg Ihre Familie unterstellt ihr, sie habe die Gewalt provoziert, das Umfeld reagiert zurückhaltend, bisweilen spöttisch, zumal sie selbst – zu dem Zeitpunkt noch minderjährig – nicht benennt, was ihr widerfahren ist. Das braucht eine weitere Ehe, über die vergleichsweise wenig geschrieben wird, vier weitere Schwangerschaften, quälende Jahre... Es braucht auch mehr als drei Viertel des Buchs, bis in einer Kapitelüberschrift das Wort «Frauenhaus» auftaucht. Dorthin begibt sich die Autorin, obwohl sie der Überzeugung ist, dass sie gar nicht zur Klientel einer solchen Einrichtung gehöre. Ihr Gegenüber im Frauenhaus versucht auch nicht, sie

Ihre Familie unterstellt ihr, sie habe die Gewalt provoziert, das Umfeld reagiert zurückhaltend, bisweilen spöttisch.



von etwas anderem zu überzeugen, regt nur an, dass sie über Nacht bleiben soll, um ein erstes Mal die Zwänge, in die sie sich schon so lange fügt, zu verlassen. Es wird nicht ihre einzige Nacht in diesem Frauenhaus bleiben, aber eine gewisse Erleichterung kommt auf, weil endlich ein Prozess angestossen wurde, der es der Autorin schliesslich ermöglicht hatte, aus dem Teufelskreis auszubrechen.

Antje Joel: Prügel. Eine ganz gewöhnliche Geschichte häuslicher Gewalt. Rowohlt Verlag, Hamburg 2020. 336 Seiten.



## Film ab - hoffentlich

Was bedeutet die Corona-Krise für Menschen in der hiesigen Filmbranche? Ein Produzent, eine Verleiherin und ein Festivaldirektor erzählen, wie sich die Pandemie auf ihre Arbeit auswirkt.

Protokolliert von Carole Scheidegger

Westschweiz in die Kinos bringen und hatten 21 Vorpremieren organisiert, zum Teil mit Podiumsgesprächen. Zwei Wochen vorher mussten wir alle Veranstaltungen absagen. Nun planen wir, «Volunteer» im September starten zu lassen.

Bei einem Dokumentarfilm über eine non-binäre Person in Basel haben wir die Dreharbeiten unterbrochen, konnten dafür aber den Schnitt des schon gedrehten Materials vorziehen. Im Gegensatz zu Kollegen musste ich immerhin keine kostspieligen Dreharbeiten im Ausland absagen.

Wie stark die Filmbranche insgesamt Schaden nehmen wird, hängt davon ab, wie lange die Krise dauert. Sie wird bestimmt auch Stoff für Filme liefern.»

Peter Zwierko, Inhaber der Produktionsfirma Sulaco Film in Basel.

Der Film «Volunteer» wurde im Amnesty-Magazin vom März vorgestellt.

er grösste Teil unserer Arbeit, der Verleih von Filmen an die Kinos, ist vollständig zum Erliegen gekommen während des Lockdowns. Fast alle unserer Mitarbeitenden mussten in Kurzarbeit gehen. In diesem Bereich verzeichnen wir einen starken Einbruch der Einnahmen. Wir betreiben aber auch unsere eigene DVD-Edition und die Streaming-Plattform Filmingo.ch. Dort haben wir ein enormes Wachstum verzeichnet, und wir spüren noch ein grosses Potenzial für die Zukunft. Wir freuen uns sehr über dieses Interesse, hoffen aber, dass die Leute nun auch wieder ins Kino gehen werden. Immerhin erhalten wir immer wieder die Rückmeldung, dass den Menschen das Kino fehlt. Wie der Kinobetrieb in der normalerweise schwierigen Sommerzeit und mit den Schutzkonzepten laufen wird, muss sich zeigen - wir sind aber optimistisch, dass nach dieser Zwangspause das Bedürfnis nach dem Kinoerlebnis stark sein wird.»

Meret Ruggle, Geschäftsführerin des Filmverleihs Trigon-Film in Ennetbaden.

Der im Amnesty-Magazin besprochene Spielfilm «Camille» ist auf Filmingo.ch zu sehen.

nsere ganze Vorbereitung ist von grosser Unsicherheit geprägt. Wir sind im Gespräch mit den Behörden und gehen davon aus, dass wir das Zurich Film Festival im September durchführen können, vielleicht mit einigen Änderungen. Unser grösster Kinosaal bietet 720 Plätze, damit sind wir unter der 1000-Leute-Grenze. Hoffentlich sind die Reiserestriktionen bis dahin gelockert, damit wir Gäste aus dem Ausland einladen können. Viele Festivals mussten dieses Jahr abgesagt werden, mein Team und ich visionieren die Filme jetzt zu Hause am Bildschirm. Wegen der abgesagten Festivals sind mehr Filme auf dem Markt, und wir möchten gerne einigen davon eine neue Heimat geben. Die Pandemie führt zu Entlassungen in den USA und zu unterbrochenen Dreharbeiten. Deshalb werden wohl nächstes Jahr weniger Filme starten.»

Christian Jungen, Künstlerischer Leiter des Zurich Film Festival (ZFF), das für 24. September bis 4. Oktober 2020 geplant ist. Die ZFF-Reihe «Border Lines» zeigt in Zusammenarbeit mit Amnesty International Filme, die sich mit Grenzsituationen und Menschenrechten auseinandersetzen.

35

## DER EINSTIGE LOCKDOWN



**Pedro Lenz** ist Schriftsteller.

Zuweilen kann ein kurzes Gespräch unverhofft alte, Zvergessen geglaubte Geschichten wachrufen. Mir passierte das mitten im Lockdown. Ein Cousin aus Spanien rief an. Er erzählte, wie seine kleinen Kinder darunter leiden, wegen des Coronavirus die Wohnung nicht verlassen zu dürfen. «Sie nehmen es mit Resignation. Sie sind nicht einmal mehr laut, und ihre Haut wird durchsichtig. Sie müssen so tun, als wären sie erwachsen und vernünftig.»

Nach dem Gespräch wollte mir Arturito einfallen, den ich einst bei einem Arbeitskollegen kennengelernt hatte. Im Sommer 1984, ich hatte gerade meinen Lehrabschluss gemacht, arbeitete ich in Zürich bei einem grossen Baugeschäft. Einer meiner Arbeitskollegen hiess Arturo, er kam aus Murcia in Spanien und war Saisonnier.

Das Saisonnier-Statut besagte, dass Ausländerinnen und Ausländer, bevor sie in der Schweiz einen Jahresaufenthalt beantragen konnten, in mindestens vier aufeinanderfolgenden Jahren als Saisonniers gearbeitet haben mussten. Saisonniers hatten Verträge für neun Monate und mussten anschliessend für drei Monate ausreisen. Aber vor allem war ihnen der Familiennachzug verboten, das hiess konkret, dass ihre Kinder nicht dauerhaft bei ihnen in der Schweiz bleiben durften.

Arturo lebte also als Saisonnier in Zürich mit seiner Frau Marta, die ebenfalls einen Saisonvertrag hatte. Er war Bauhandlanger, Marta arbeitete als Putzfrau bei einer Zürcher Reinigungsfirma. Ihr gemeinsamer Sohn, der fünfjährige Arturito, musste in Spanien bei den Grosseltern bleiben. Nach ein paar Wochen hielten es die Eltern ohne den Buben nicht mehr aus. Sie baten die Grosseltern, Arturito nach Zürich zu bringen, damit er ein paar Wochen bei ihnen Ferien machen konnte.

DIE KINDER NEHMEN ES MIT RESIGNATION. SIE SIND NICHT EINMAL MEHR LAUT, UND IHRE HAUT WIRD DURCHSICHTIG. Als die Ferienzeit abgelaufen war, konnten sie sich nicht von Arturito trennen. So beschlossen die Eltern, den Buben illegal bei sich zu behalten. Während sie selbst legal im Land waren, war ihr Sohn ein Sans-Papiers, der nicht einmal den Kindergarten besuchen durfte. Der Vater kam jeweils um 18 Uhr von der Baustelle zurück. Die Mutter musste um 16 Uhr zur Arbeit, so dass der Fünfjährige immer zwei Stunden allein zuhause warten musste. Ausserdem trauten sich die Eltern nicht, den Buben aus der Wohnung zu lassen, aus Angst, bestraft zu werden und später keinen Jahresaufenthalt zu bekommen.

Arturito war ein Fünfjähriger, der so tun musste, als wäre er vernünftig und erwachsen. Er war ein Lockdown-Kind, bevor wir den Begriff kannten.

AMNESTY Juni 2020

## **AMNESTY-BOUTIQUE**

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

## WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP SHOP.AMNESTY.CH

### UMHÄNGETASCHE UND NECESSAIRE

Aus alten, ungebrauchten Postsäcken hergestellt. Handgefertigt in der Schweiz.

#### **NECESSAIRE:**

Gross (22 x 15 x 8 cm): Art. 2200.084.G / Fr. 55.-

Klein (19 x 12 x 6 cm): Art. 2200.084.K / Fr. 47.–



### UM Grö

### **UMHÄNGETASCHE:**

Grösse: 21 x 25 x 6 cm

Gelber Stoffrand: Art. 2200.095 / Fr. 105.–



#### SCHWIMMSACK «WICKELFISCH»

Unser Schwimmsack hält beim Flussschwimmen Ihre Sachen trocken.

Art. 2200.082.D / Fr. 35.-





### SIGG-FLASCHE IN AQUABLAU

Klassische Sigg-Flasche aus Aluminium (0,6 Liter). Aquablaue Mattlackierung mit griffiger Oberfläche

Art. 2300.021.A / Fr. 25.-

Andere Farben unter shop.amnesty.ch erhältlich

#### ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	ArtNr.	Preis	
Name:		Strasse:		, ,	
Ort:		E-Mail:			
Tel.:		Unterschrift:	Unterschrift:		
<u>Mitgliedern</u>	ummer/Kundennummer (wenn bekannt):				

Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Boutiqueartikel mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an: Amnesty International, Postfach, 3001 Bern oder auf shop.amnesty.ch



Mit Online-Kursen können Sie sich zu Themen rund um die Menschenrechte weiterbilden.

## DAS KÖNNEN SIE TUN

## **AKTIV SEIN TROTZ CORONA-KRISE**

Unser Einsatz für die Menschenrechte ist momentan besonders wichtig. Hier einige Vorschläge, wie Sie sich auch in diesen Zeiten engagieren können.

Die Corona-Krise verändert das Engagement für die Menschenrechte. Manche der bewährten Aktionsformen, zum Beispiel Unterschriftensammlungen auf der Strasse, mussten gestoppt werden. Dennoch ist es wichtig, dass wir jetzt nicht die Hände in den Schoss legen. Denn die Rechte vieler Menschen werden in der Corona-Krise verletzt. Wir müssen den Druck auf Regierungen hoch halten, damit die Menschenrechte auch während der Pandemie respektiert werden. Und wir müssen besonders jene schützen, die bereits in einer schlimmen Situation sind – zum Beispiel Flüchtlinge in Lagern von Griechenland bis Bangladesch oder Gefangene in überfüllten Zellen.

Das können Sie tun:

...die Petition auf der übernächsten Seite unterschreiben und an uns zurückschicken.

...bei unseren Online-Petitionen mitmachen und Ihre Bekannten auffordern, es Ihnen gleichzutun.

...sich mit E-Mails für bedrohte Menschen einsetzen, deren Situation sich im Zuge der Corona-Krise verschlimmert hat.

...mehr erfahren darüber, wie uns die Menschenrechte auch in Zeiten wie diesen schützen und wie sich die Pandemie in diversen Ländern auswirkt. Wir bündeln alle News auf unserem Themenportal «Coronavirus und Menschenrechte».

...an der virtuellen Generalversammlung von Amnesty Schweiz teilnehmen. Sie findet statt am 30. Juni von 18.00 bis 20.30 Uhr. Mehr Informationen und Anmeldung bis 16. Juni unter amnesty.ch/gv.

...sich weiterbilden: Amnesty International bietet Online-Kurse für Jung und Alt an. Die Kurse behandeln Kampagnenthemen oder geben Auskunft darüber, wie die Corona-Pandemie die Menschenrechte beeinflusst.

...sich vernetzen: Amnesty-Aktivmitglieder und -Angestellte treffen sich regelmässig auf Skype oder chatten in der App Telegram. Beteiligen Sie sich.

...unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen. Wir brauchen Ihre Hilfe, damit diese Gesundheitskrise nicht auch eine Krise der Menschenrechte wird.

...unsere Nachrichten und Aktionsaufrufe teilen. Sie finden uns auf Facebook, Twitter, Instagram und Youtube.

...Solidarität zeigen: Kaufen Sie für verletzliche Menschen ein oder unterstützen Sie sie auf eine andere sichere Art.

Alle Informationen zu Online-Petitionen, E-Mail-Vorlagen, GV, Kursen und Chats finden Sie unter www.amnesty.ch/magazin-juni20.

Für den Herbst plant Amnesty Schweiz diverse Aktionen und Treffen, die hoffentlich wieder eine persönliche Begegnung erlauben. Menschenrechte sind das Fundament unseres Zusammenlebens und stehen für das, was es jetzt so dringend braucht: Menschlichkeit, Mitgefühl und Solidarität. Bleiben Sie an unserer Seite.

Carole Scheidegger



### UNSERE AKTIONEN IM BILD

Das Coronavirus betrifft alle Menschen weltweit. Die Menschenrechte geraten unter massiven Druck. Die Pandemie bringt aber auch Menschen zusammen – wenn auch nicht körperlich, so doch durch gegenseitige Unterstützung. Im Bild bekräftigen Mitarbeitende von Amnesty Schweiz ihre Solidarität.

## SAUDI-ARABIEN

## REPRESSIVER DENN JE

Seit zwei Jahren dürfen Frauen in Saudi-Arabien Auto fahren. Was als Fortschritt gefeiert wurde, übertüncht allerdings die wahre Menschenrechtslage der Aktivistinnen im Land: Viele Frauenrechtlerinnen sind im Gefängnis oder stehen vor Gericht und riskieren lange Haftstrafen.

Die saudische Führung versucht unermüdlich, Saudi-Arabien als modernen Staat darzustellen und gibt dafür in PR-Kampagnen Millionen aus. So werden insbesondere im Bereich der Frauenrechte Reformen umgesetzt: Frauen dürfen sich nun im öffentlichen Raum unter die Männer mischen und sie dürfen sich ans Steuer setzten. Gleichzeitig ist die Lage in Saudi-Arabien so repressiv wie schon lange nicht mehr: Das Regime geht mit harter Hand gegen MenschenrechtsverteidigerInnen vor.

Während weltweit die Zahl der Hinrichtungen zurückgeht, hat Saudi-Arabien 2019 eine Rekordzahl von Todesurteilen vollstreckt: 184 Menschen wurden hingerichtet. Das war die höchste Zahl von Hinrichtungen, die Amnesty International in einem Jahr in Saudi-Arabien verzeichnet hat. «Diese zunehmende Anwendung der Todesstrafe in Saudi-Arabien, insbesondere als Instrument für die Unterdrückung politisch Andersdenkender, ist eine sehr besorgniserregende Entwicklung», sagte Clare Algar, zuständig für Recherche, Advocacy und Policy bei Amnesty International.

#### **UNTERSCHREIBEN SIE DIE ONLINE-PETITION**

Unterstützen Sie Amnesty dabei, die saudische Regierung zur Freilassung der Menschenrechtsaktivisten zu drängen, indem Sie die Online-Petition unterzeichnen. Sie finden die Petition unter www.amnesty.ch/petition-saudi-arabien.



Regierungskritische Menschen werden in Saudi-Arabien durch ein Sondergericht verurteilt.

Die saudischen Behörden gehen mit beispielloser Härte gegen Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen vor. Insbesondere der Sonderstrafgerichtshof spielt bei dieser Repression eine traurige Rolle, indem er regierungskritische Personen zu langen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt. Beispiellose Repression bekommen auch die Frauenrechtsaktivistinnen zu spüren: Loujain al-Hathloul zum Beispiel befindet sich wie viele andere noch immer im Gefängnis, und bisher gab es noch keine Untersuchung zu Vorwürfen der Folter während der Haft.

**Emilie Mathys** 

Die dramatische Situation der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln ist den europäischen Regierungen seit Langem bekannt.



## ASYL UND MIGRATION JETZT FLÜCHTLINGE EVAKUIEREN!

Die Bedingungen in den griechischen Flüchtlingslagern sind desolat, und die Corona-Pandemie stellt eine weitere grosse Gefahr für die Menschen in den Camps dar. Die Schweiz und das restliche Europa müssen so schnell wie möglich handeln. Unterschreiben Sie die Petition!

Die humanitäre Lage in den überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln und an der griechisch-türkischen Grenze ist sowieso prekär. Durch die Coronavirus-Pandemie wird das Leben von Tausenden dieser Menschen bedroht. Die Menschen leben nahe beieinander, und die hygienischen und sanitären Bedingungen erlauben keinen Schutz vor einer Ansteckung.

Nach dem Entscheid der türkischen Regierung von Ende Februar, Flüchtlingen die Weiterreise nach Europa zu gestatten, verschlechterte sich die Lage drastisch. Griechenland schloss daraufhin seine Grenzen und setzte das Asylrecht aus, was einen eklatanten Verstoss gegen das Völkerrecht darstellt. «Die Schweiz und Europa tragen ihren Teil der Verantwortung an dieser Tragödie, da es sich um

eine vorhersehbare Folge des Scheiterns des Dublin-Systems und des Abkommens zwischen Europa und der Türkei handelt», sagt Pablo Cruchon, Koordinator für Migrationsfragen bei Amnesty Schweiz. «Die Regierungen müssen jetzt sofort handeln, indem sie die Flüchtlinge aufnehmen und eine umfassende, solidarische Lösung umsetzen.» Amnesty International fordert die Schweiz auf, sich eines grossen Kontingents schutzbedürftiger Menschen anzunehmen. «Die Zahl der Asylanträge ist in unserem Land auf einem historisch tiefen Niveau. Die Schweiz verfügt über die finanziellen und logistischen Mittel, um endlich eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und hier zu versorgen», so Pablo Cruchon.

Nadia Boehlen



## **PETITION**

### DIE SCHWEIZ MUSS FLÜCHTLINGE VON DEN GRIECHISCHEN INSELN AUFNEHMEN

Die Schweiz und Europa müssen dringend die Flüchtlinge von den griechischen Inseln evakuieren und eine solidarische Lösung auf europäischer Ebene umsetzen. Wir fordern von den Schweizer Behörden, dass sie die notwendigen Massnahmen ergreifen, damit ein grosses Kontingent von Schutzsuchenden so rasch wie möglich aufgenommen werden kann.

Die Unterzeichnenden fordern die Schweizer Regierung auf:

- so schnell wie möglich ein grosses Kontingent von Flüchtlingen von den griechischen Inseln aufzunehmen;
- die Rückkehr von Flüchtlingen, denen in Griechenland Asyl gewährt wurde, in dieses Land auszusetzen.

	Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				





# MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN — JETZT ERST RECHT!

Die Corona-Pandemie betrifft uns alle, auf der ganzen Welt. Auch die Menschenrechte geraten unter Druck. Unsere Arbeit wird damit noch wichtiger.

Helfen Sie uns, die Menschenrechte zu schützen! Gemeinsam sind wir am stärksten.

